

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hasso von Recum

Dimensionen
des Wertewandels

Otto Ulrich

Computer, Wertewandel
und Demokratie

Ferdinand Müller-Rommel

Sozialwissenschaftliche
Politik-Beratung

ISSN 0479-611 X

B 25/84
23. Juni 1984

Hasso von Recum, Dipl.-Volksw., Dr. sc. pol., o. Professor am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt a. M.; geb. 1929; Leiter der Abteilung „Bildungsökonomie“ und von 1970 bis 1975 Direktor des Forschungskollegiums des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

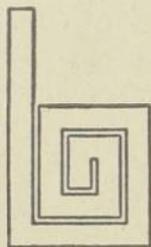
Veröffentlichungen u. a.: Perspektiven der Bildungsplanung in Entwicklungsländern, 1966; Perspektiven der Bildungsplanung, 1967; Aspekte der Bildungsökonomie, 1969; Der Finanzbedarf eines expandierenden Vorschulsystems, 1971; Bildungsökonomie im Wandel, 1978; Internationale Tendenzen der Weiterbildung, 1979; Education in the Affluent Society, 1980; Bildung zwischen Expansion und Rezession, 1984 (in Vorbereitung); Die Collagegesellschaft — Zur Wertkrise in der Industriekultur, 1984 (in Vorbereitung).

Otto Ulrich, geb. 1942, Dr. rer. pol., Physik-Ing. (grad.); Studium der Ingenieur- und Sozialwissenschaften; langjährige industrielle Praxis im Bereich der Computertechnologie; Privatdozent zum Themenschwerpunkt: „Technik und Gesellschaft“.

Veröffentlichungen u. a.: Abbau von Arbeitslosigkeit durch flexible Arbeitszeitregelung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/75; Wenn Arbeit knapper wird — was tun?, in: Technologie und Politik, 1977 (8); Technischer Fortschritt und die Gesellschaft der Arbeitslosen, in: Technologie und Politik, 1978 (13); Ökologische Belastungsgrenzen als Notwendigkeit zur Reform des Industriesystems — unter besonderer Berücksichtigung von Energie und Technik, Berlin 1979; Strategien der Energieeinsparung, in: Politische Folgen reduzierten Wachstums, Sonderband des Deutschen Politologentags, Augsburg 1979; Wachstum, Energie und Klima, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/80.

Ferdinand Müller-Rommel, Dr. rer. pol., geb. 1952; Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Tübingen, Gainesville (Florida), Ann Arbor (Michigan) und Hamburg; 1979—1981 Wissenschaftlicher Assistent an der FU Berlin; 1982—1983 Politikberater im Bundeskanzleramt; danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Lüneburg; ab August 1984 Harvard University.

Veröffentlichungen u. a.: Empirische Politikwissenschaft (zusammen mit Manfred G. Schmidt), Stuttgart 1979; Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD, Opladen 1982; zahlreiche Aufsätze zum Themenbereich Wahlforschung, Wertewandel „Grüne“.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Dimensionen des Wertewandels¹⁾

I. Akzeptanzkrise der technisch-industriellen Zivilisation

in der Bundesrepublik und anderen von der industriellen Zivilisation besonders stark geprägten westlichen Ländern entfaltet sich seit den siebziger Jahren ein tiefgreifender Konflikt zwischen traditionellen industriegesellschaftlichen Orientierungen und sogenannten postmateriellen, nichtindustriellen Wertvorstellungen und Lebensstilen²⁾. Dieser Wertkonflikt ist Ausdruck einer Akzeptanzkrise des Gesamtsystems der technisch-industriellen Zivilisation, die in der Bundesrepublik in mancher Hinsicht intensiver erlebt wird und größere Turbulenzen verursacht als in anderen Industriestaaten. Für diese Krise sind die unter dem Banner des „antimodernistischen Protestes“ sich sammelnden „neuen sozialen Bewegungen“³⁾ — Ökologie-, Alternativ-, Frauen-, Friedensbewegung — mit ihren aggressiv vertretenen Abgrenzungsbedürfnissen und ihren wachstums-, technik- und herrschaftskritischen Gegenpositionen zur Mehrheitskultur ebenso symptomatisch wie eine generell gesteigerte Sensibilität gegenüber möglichen schädlichen Folgen der technisch-ökonomischen Entwicklung, wachsende Zweifel an der Problembewältigungsfähigkeit des politischen Systems, zunehmende Autoritätsfeindlichkeit, Infragestellen der Legitimität traditioneller Institutionen und nachlassende Verbindlichkeit der „klassischen“ Arbeits- und Leistungstugenden⁴⁾. In der Berufs- und Arbeitswelt wird seit geraumer Zeit eine abnehmende Mobilitäts- und Risikobereitschaft und eine zunehmende Berufs- und Karriereunlust registriert. Zugleich besteht ein ausgeprägtes berufliches Sicherheitsdenken. Die ihres ethischen Überbaus entkleidete Arbeitsmoral zieht sich zurück

auf eine nur noch rational und rechtlich begründete „Vertragsmoral“ (Helge Pross). Der Lebensschwerpunkt wird zunehmend in der Privatsphäre unter Betonung individueller hedonistischer Ziele gesehen und weniger in der Berufssphäre. Die moralischen Potentiale verlagern sich. Während auf der einen Seite in der Berufs- und Arbeitswelt und auch anderwärts die traditionellen ethischen Imperative tendenziell an Bedeutung verlieren, herrscht auf der anderen Seite kein Mangel an moral- und emotionsgesättigtem Engagement für neue gesellschaftliche und politische Ziele.

Mittlerweile zeichnet sich mit wachsender Deutlichkeit ab, daß das Vordringen postmaterieller Wertvorstellungen weder eine kurzfristige Verhaltensänderung noch eine kurzlebige Mode- und Übergangerscheinung darstellt. Es handelt sich auch nicht ausschließlich um eine Angelegenheit jüngerer Altersgruppen. Wenn auch bei der Jugend zweifellos die größte Zustimmungsbereitschaft zu postmateriellen Orientierungen besteht (sechs Prozent aller 15—30jährigen fühlen sich selbst als Teil der Alternativbewegung, 42 Prozent bringen ihr Sympathie entgegen)⁵⁾, so läßt sich der industriegesellschaftlich-postmaterialistische Wertekonflikt nicht auf den schlichten Nenner eines herkömmlichen Generationenkonfliktes bringen. Nach einer 1982 durchgeführten Repräsentativerhebung des SINUS-Instituts sind Wertewandel und Werteverunsicherung „kein jungentypisches Phänomen“. Diese Erscheinungen lassen sich „auch bei einem beträchtlichen Teil der Elterngeneration diagnostizieren“⁶⁾. Träger der „gegenkulturellen Kritik des Industrialismus“ und des Wertewandels sind insbesondere besser Gebildete und Angehörige der im sozialen Dienstleistungsbereich tätigen „neuen Mittelschichten“. Klassen- oder sozialschichtenspezifische Exklusivität des Postmaterialismus bedeutet das jedoch nicht. Seine Ausstrahlung erfaßt auch andere Bevölkerungsschichten⁷⁾. Die bisherigen Erfahrungen legen es nahe, den Wertewandel als einen dauer-

¹⁾ Das Thema wird vom Autor ausführlicher behandelt in: Die Collagegesellschaft. Zur Wertkrise in der Industriekultur, Köln-Wien 1984 (in Vorbereitung).

²⁾ Vgl. H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt-New York 1979.

³⁾ Vgl. K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt-New York 1983; C. Mast, Aufbruch ins Paradies? Zürich-Osnabrück 1980; Freibeuter, (1983) 15, S. 41 ff. („Das grüne Ei“).

⁴⁾ P. Kmieciak, Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976, sowie E. Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier?, Zürich-Osnabrück 1978.

⁵⁾ SINUS-Institut, Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983, S. 17.

⁶⁾ Ebd., S. 28.

⁷⁾ Vgl. Brand/Büsser/Rucht, a. a. O. (Anm. 3), S. 250 f.

haften gesellschaftlichen Prozeß von grundsätzlicher Art und Wirkung zu begreifen, dessen kulturevolutionäre Qualität nicht unterschätzt werden sollte⁸⁾.

Eine Herausforderung an den gesellschaftlichen Grundkonsens stellt insbesondere die nachlassende Zustimmungsbereitschaft für das traditionell als zentrales gesellschaftliches Gestaltungsprinzip wirksame Leistungsprinzip dar. Der Grundsatz, die individuelle Leistung zum Zuteilungskriterium für materielle und soziale Chancen zu machen und dadurch zugleich Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird von einer wachsenden Zahl von Menschen nicht mehr länger als verpflichtend und gerecht empfunden. Der Sinn und die Belohnung von Leistung werden fragwürdig. Zweifel an der Legitimität von Unterschieden, Besitz und Eigentum mehren sich⁹⁾. Man orientiert sich an Gegenpositionen zur Leistungswelt, für die insbesondere Herbert Marcuse und Erich Fromm als geistige Väter in Anspruch genommen werden¹⁰⁾. Diese Gegenpositionen sind geprägt von der Idee unbegrenzter individueller Persönlichkeitsentfaltung — „kompromißlose Selbstverwirklichung“ (Fromm) — und von der Vorstellung umfassender sozialer Gerechtigkeit, die in maximaler Gleichheit ihren Ausdruck findet. In dem Entwurf für eine neue Gesellschaft, die an die Stelle der ökonomisch-technischen Leistungswelt treten soll und an die mitunter ans Messianische grenzende Hoffnungen und Erwartungen geknüpft werden, sind „authentische Bedürfnisse“, „neue Sinnlichkeit“, „Solidarität“, „Selbstorganisation“, „Partizipation“, „Dezentralität“ zentrale Fixpunkte. Narzißtisch-hedonistische Bedürfnisse spielen eine ausschlaggebende Rolle. Dem Leistungsprinzip wird als Alternative das Lustprinzip gegenübergestellt. Dabei werden nicht nur die möglichen luststiftenden Eigenschaften von Leistung übersehen. Unbedacht bleibt auch, daß das Lustprinzip aufgrund seines privatistisch-hedonistischen Charakters zur massenhaften Anwendung und als zentrales Gestaltungsprinzip für Großgruppen und Gesellschaften nicht taugt. Es wirkt in diesem Zusammenhang entstrukturierend und desintegrierend. Freilich sollte auch nicht vergessen werden, daß ein Leistungsprinzip, das als oberste Norm unterschiedslos alle Lebensbereiche beherrscht (und epochaltypische Leitprinzipien, das zeigt die Sozialgeschichte, ha-

ben diese Tendenz), dort, wo es nicht hingehört, ebenfalls gesellschaftlich destruktiv und kontraproduktiv wirken kann.

Die sich im historischen Ablauf ständig verstärkende Dynamik des technischen, sozioökonomischen und intellektuellen Wandels macht es immer schwieriger, „die Grundwerte unserer Zivilisation durch erneuernde Umdeutung und durch Anpassung der von ihnen abgeleiteten Moralnormen und Institutionen an veränderte Bedingungen zu bewahren“¹¹⁾. Fehlt es an Kraft zur schöpferischen Bewältigung des Wandels, dann entsteht ein Gestaltungsvakuum, in dem sich Gefühle existenzieller Sinnlosigkeit und des Herausfallens aus Vergangenheit und Zukunft einnisten können. Als Akt des Aufbegehrens und des Protestes gegen diesen Zustand kann ein Sturmlauf gegen die für das Übel haftbar gemachten und nicht mehr hinreichend durch gesellschaftlichen Gestaltungswillen gesicherten traditionellen Werte und Normen einsetzen. Damit verbunden sein kann eine „romantische“ Umorientierung, eine „antimaterialistische Sehnsucht“, die keineswegs erst ein Spezifikum unserer Tage ist. Ihre Verbreitung hat Arthur Koestler bereits für die Zeit der Weimarer Republik diagnostiziert¹²⁾.

Zur Akzeptanzkrise der industriellen Hochzivilisation dürfte ferner nicht unerheblich beigetragen haben, daß die wissenschaftliche, die technisch-ökonomische und die militärtechnische Entwicklung die Menschheit heute mit Problemen und Gefährdungen von bislang unbekannter Art und Größe konfrontiert. Technischer Fortschritt führt in zunehmendem Maße zu einer Anhäufung von Problemen, deren Bewältigung vielfach Entscheidungen von großer Tragweite und mit schwer abzuschätzenden Konsequenzen für die Zukunft impliziert. Die von Außenstehenden immer weniger zu durchschauenden technischen Strukturen und Prozesse, ihre Überdimensionalität und ihre vermutete Irreversibilität können existenzielle Verunsicherung, Ängste und das Gefühl einer wachsenden Inhumanität verursachen, was ohne Frage die Abkehr von industriegesellschaftlichen Wertorientierungen begünstigt. Dabei gesellt sich zu realen Gründen, die Anlaß zur Furcht geben, eine zeittypische, spezifisch bundesrepublikanische, unseren europäischen Nachbarn weitgehend fremde Angstbereitschaft, die als Ausweis von Modernität und Progressivität gilt, und

⁸⁾ Vgl. H. Klages/W. Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug, Frankfurt-New York 1983.

⁹⁾ Vgl. E. Noelle-Neumann, a. a. O. (Anm. 4), S. 44 ff.

¹⁰⁾ Vgl. H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied-Berlin 1967; E. Fromm, Haben oder Sein, Stuttgart 1976.

¹¹⁾ R. Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Frankfurt 1979, S. 94.

¹²⁾ Vgl. A. Koestler, Der Yogi und der Kommissar, Esslingen 1950, S. 30 f.

die von Parteigängern des „antimodernistischen Protestes“ mit beträchtlichem „theoretischen Selbstängstigungsaufwand“ (Odo Marquard) gestützt und aufrechterhalten wird. Da sich die technisch-ökonomische Entwicklung in den westlichen Ländern im Rahmen des „kapitalistischen Systems“ vollzieht, unterliegt „der Kapitalismus“ in ähnlicher Weise tenden-

ziell der Skepsis und Ablehnung wie die Technik. Dies um so leichter, als die seit längerem stattfindende „Marxifizierung des westlichen Denkens“ (Aron) die Kapitalismuskritik zu einer Dauerinstitution gemacht hat: „Der Marxismus, ob vulgär oder subtil, bleibt das bequemste, nicht zu übertreffende Mittel der westlichen Selbstkritik.“¹³⁾

II. Erklärungsmodelle des Wertwandels

Zur Erklärung des Wertwandels wird regelmäßig Ronald Ingleharts „klassisches“ Konzept der „stillen Revolution“ herangezogen¹⁴⁾. Die mit der Akzeptanzkrise der technisch-industriellen Hochzivilisation einhergehende Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen ist nach Inglehart eine Folge der industriegesellschaftlichen Prosperität. In Anlehnung an die Maslow'sche Theorie der Bedürfnishierarchie vertritt Inglehart die Auffassung, daß jeweils diejenigen Bedürfnisse am höchsten bewertet werden, die den höchsten Hierarchierang haben und noch nicht befriedigt sind. Höchste Priorität besitzen zunächst materielle Bedürfnisse. Sind sie befriedigt, treten an ihre Stelle immaterielle (soziale, kulturelle, intellektuelle) Bedürfnisse. Während der langen Wohlstands- und Friedensphase nach dem Zweiten Weltkrieg ist es in den westlichen Industriegesellschaften zu einer weitgehenden Sättigung materieller Bedürfnisse gekommen. Ihr Wert hat abgenommen, die Wertschätzung immaterieller Bedürfnisse dagegen ist gestiegen. Da nach Inglehart Wertstrukturen weitgehend durch die jugendliche Sozialisation geprägt werden und im Erwachsenenalter relativ stabil bleiben, kann damit gerechnet werden, daß die im Wohlstandsmilieu empfangene postmaterialistische Wertprägung später beibehalten wird. Es kommt zu einem undramatischen, kontinuierlichen Prozeß des Wertwandels, einer „stillen Revolution“, die zu einer langfristig stabilen Etablierung postmaterialistischer Struktur- und Verhaltensmuster von allgemeiner Verbindlichkeit führt.

Ingleharts Erklärungsmodell des Wertwandels, dessen empirische Fundierung erhebliche Lücken aufweist, orientiert sich an einem zur Analyse des sozialen Wandels nach dem Vorbild von Ogburn häufig herangezogenen, aber nichtsdestoweniger problematischen Konzept mechanistischer Art¹⁵⁾. Dieses Konzept basiert auf der Grundannahme, daß die „unmodernen“ Bestandteile eines sozialen Systems zum Absterben verurteilt sind und mit fortschreitender Zeit in einem mehr oder we-

niger beschleunigten Phasenablauf von der Bildfläche verschwinden, da das soziale System stets auf einen Gleichgewichtszustand der Harmonie der Einzelelemente hinstrebt.

In Ingleharts Modell wird, dem Leitbild prästabiliertter Harmonie entsprechend, die relativ reibungslose Ablösung eines Wertesystems durch ein anderes unterstellt. Damit kommt aber nur ein Teilaspekt des Wandlungsprozesses ins Blickfeld. Zwar läßt sich seit geraumer Zeit eine schleichende Erosion und ein „sanftes Dahinscheiden“ traditioneller Werte im Gefolge wachsender gesellschaftlicher Permissivität beobachten. Aufs Ganze gesehen ist der Wertwandlungsprozeß jedoch im hohen Maße konfliktträchtig. Denn erstens sind traditionelle Werte und postmaterialistische Orientierungen scharf voneinander abgehobene Kontrastwerte. Zweitens schüren militante Kräfte der postmaterialistischen Bewegung den Konflikt, indem sie die traditionellen Werte als Unwerte verteufeln, deren man sich möglichst rasch entledigen sollte, um Platz zu schaffen für eine neue Wertehierarchie mit Alleinherrschaftsanspruch. Der Postmaterialismus in seiner militanten Spielart will dominieren und die Gesellschaft von Grund auf verändern. Die Radikalität dieses Anspruchs erlaubt keine Konkurrenz und Koexistenz unterschiedlicher Werte oder eine Wertesynthese.

Problematisch an Ingleharts Prognose des Wertwandels ist ferner, daß eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung unterstellt wird, die nicht gegeben sein muß. Soziale Prozesse müssen nicht gradlinig verlaufen. Sie können verschlungene Umwege einschlagen, auseinanderdriften, abbrechen, eine neue Qualität erhalten. Die suggestiv-deterministische Botschaft von der „stillen Revolution“ begünstigt

¹³⁾ R. Aron, Plädoyer für das dekadente Europa, Berlin-Frankfurt-Wien 1979, S. 97.

¹⁴⁾ R. Inglehart, The Silent Revolution, Princeton 1977.

¹⁵⁾ W. F. Ogburn, Social Change, New York 1922.

eine vorschnelle Kapitulation vor dem „Zeitgeist“ und seinen vermeintlich schicksalhaften Zwängen. Sie wirkt damit als „Self-Fulfilling-Prophecy“.

Ein neuer, von Klages und Herbert¹⁶⁾ entwickelter Ansatz vermeidet die Einseitigkeiten des Inglehart'schen Modells. Er sieht drei empirisch ermittelte Wertwandlungsalternativen vor — Wertverlust, Wertumsturz, Wertsynthese —, die als elementare „Muster“ bzw. konkurrierende „Pfade“ jeglichen Wertwandels begriffen werden. Die Alternative „Wertverlust“ ist gekennzeichnet durch das Herausfallen aus eindeutigen Wertbindungen, Abhängigkeit der Einstellungen und Verhaltensweisen von situationsgebundenen Einflüssen und impulshaftes Reagieren. Beim „Wertumsturz“ verdrängen neue Werte, insbesondere kontrastierender Natur, tradierte Werte; heftiges Wertengagement verbindet sich mit permanenter Unruheneigung. Bei der Alternative „Wertsynthese“ wird eine Vereinigung älterer Wertbestände mit neuen vollzogen, und es erfolgt eine Ausweitung des Einstellungs- und Verhaltensspielraums.

Den drei Typen des Wertwandels ließ sich insgesamt rund ein Drittel der von Klages und Herbert befragten Personen zuordnen. Ein Fünftel der Befragten verfügte über stark ausgeprägte „konventionelle“ Dispositionen.

Eine extrem enge Bindung an tradierte Werte scheint demnach nur bei einer Minderheit der Bevölkerung der Bundesrepublik vorzuliegen¹⁷⁾. Klages und Herbert gehen allerdings davon aus, daß sich größere Teile der Bevölkerung im unmittelbaren Umfeld dieses „harten Kerns“ bewegen und noch überwiegend von ihm beeinflusst werden. Zugleich registrieren sie jedoch in weiten Bereichen eine Abschwächung „konventioneller“ Dispositionen, die „zwar nicht unmittelbar einen ‚Wertwandel‘ verkörpert, andererseits aber eine ‚Unbestimmtheit‘ und wertstrukturelle ‚Offenheit‘ herbeiführt, die vielfältige Wertwandlungstendenzen möglich werden läßt“¹⁸⁾. Klages und Herbert kommen zu dem Fazit, „daß es in unserer heutigen Gesellschaft eine Fülle von Sachverhalten gibt, die den Wertverlust, den Wertumsturz und die Wertdiffusion begünstigen“. Angesichts der derzeit wirksamen Veränderungstendenzen vertreten sie die Auffassung, „daß unser gesellschaftliches System in einer sozialpsychologischen Schiefelage ist, die in eine Krise hineinführt“¹⁹⁾. Diese Feststellung steht in auffälligem Kontrast zu der optimistisch getönten Aussage der SINUS-Studie „Jugend und Wertewandel“, wonach „alte“ und „neue“ Werte „bei der Mehrheit der Bundesbürger eine Art widersprüchliche Werteharmonie bilden“²⁰⁾.

III. Wertepolarisierung und sozial-kultureller Riß

In erster Linie — das legen die Analysen und Interpretationen von Bell²¹⁾ und Janowitz²²⁾ nahe — dürfte die Akzeptanzkrise der industriellen Hochzivilisation eine systemimmanente Krise sein, die sich auf widersprüchliche Struktur- und Entwicklungstendenzen der zur Wohlstandsgesellschaft avancierten Industriegesellschaft zurückführen läßt. Diese Gesellschaft organisiert sich einerseits als eine auf das Ziel der Wohlstandsmaximierung fixierte arbeitsteilige Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft, die an Maßstäben wie Effizienz, Fleiß, Ordnung, Selbstdisziplin, Karriere- und Erfolgsstreben ausgerichtet ist und an ihnen festhält. Andererseits produziert und fördert sie aus Absatzerfordernissen eine hedonistische Konsumkultur und eine Expansion der Ansprüche und Selbstverwirklichungsbedürfnisse, die über eine kontinuierliche Normenaufweichung zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Permissivität führt, die — wenn einmal eine bestimmte Grenze überschritten ist — auf die Produktions- und Leistungsgesellschaft zurückschlägt und ihre Funktionsfähigkeit in Frage stellt.

Dieser kritische Zustand der Gegenwarts-gesellschaft ist das Produkt eines langfristigen historischen, ökonomischen und sozialkulturellen Prozesses: Die kapitalistische Zivilisation des 19. Jahrhunderts — so analysiert es Daniel Bell — war auf ihrem Höhepunkt „ein integriertes Ganzes, in dem Kultur, Charakterstruktur und Wirtschaft aus ein und demselben Wertsystem erwachsen. Die Ironie des Schicksals aber wollte es, daß all dies vom Kapitalismus selbst unterminiert wurde, der durch Massenproduktion und Massenkonsum die protestantische Ethik zerstörte und an ihrer Stelle eifrig eine hedonistische Lebensweise förderte. Um die Mitte des 20. Jahrhun-

¹⁶⁾ Vgl. Klages/Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug, a. a. O. (Anm. 8), insbes. S. 104ff.

¹⁷⁾ Ebd., S. 75.

¹⁸⁾ Ebd., S. 113.

¹⁹⁾ Ebd., S. 18.

²⁰⁾ SINUS-Institut, a. a. O. (Anm. 5), S. 16.

²¹⁾ Vgl. D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt-New York 1976; ders., Die Zukunft der westlichen Welt, Frankfurt 1979.

²²⁾ M. Janowitz, Social Control of the Welfare State, Chicago 1976.

derts suchte sich der Kapitalismus nicht länger durch Arbeit oder Eigentum zu rechtfertigen, sondern begnügte sich mit den Statussymbolen materiellen Besitzes und der Ausweitung der Vergnügungen. Ein höherer Lebensstandard und eine Lockerung der Sitten wurden nun als Zeichen persönlicher Freiheit gewertet und zum Selbstzweck erhoben²³). Der Postmaterialismus besitzt demnach nicht die Qualität einer aus eigener Bestimmung entstandenen Gegenkultur. Er ist vielmehr das Kontrastelement im Rahmen der gleichen gesellschaftlichen Matrix, nämlich der aus der industriellen Zivilisation hervorgegangenen permissiven Wohlstandsgesellschaft. Bell stellt die Marx'sche Krisentheorie gleichsam auf den Kopf: Unterhöhlt wird der Kapitalismus nicht durch Verelendung und Repressivität, sondern durch materiellen Überfluß und Permissivität²⁴).

In der westlichen Welt waren die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt von Bestrebungen weitreichender Liberalisierung und Demokratisierung. Es entstand der moderne Typ der „pluralistischen“ Gesellschaft mit einem Maß an Toleranzbereitschaft, „das geschichtlich als extrem eingestuft werden kann“²⁵). Eine lange Periode wirtschaftlicher Prosperität ermöglichte die Finanzierung umfassender sozialer Reformen. Die außerordentlich günstige wirtschaftliche Lage mit hohem Wachstumsniveau und Voll- bzw. Überbeschäftigung wurde nicht in ihrer historischen Besonderheit erkannt, sondern als Regelfall gewertet.

Durch die „Revolution der steigenden Erwartungen und der steigenden Rechtsansprüche“ mit ihrer überbordenden sozialen Begehrlichkeit, durch rasche Expansion hedonistischer Konsumwünsche auf der Basis massenhafter Ausbreitung eines vielfältigen Güter- und Freizeitangebots und durch rücksichtslose Ausschöpfung bestehender und neu zuwachsender Liberalitäts- und Toleranzspielräume wird aus der pluralistischen eine egozentrische permissive Gesellschaft. In ihr breitet sich narzißtisches Denken und Handeln aus. Bereits in den fünfziger Jahren hatte Herbert Marcuse für den Narzißmus als Inbegriff einer freien Kultur plädiert und damit der permissiven Gesellschaft frühzeitig die Richtung gewiesen. Inzwischen charakterisiert Christo-

pher Lasch²⁶) die Gegenwart als „das Zeitalter des Narzißmus“, und Richard Sennett stellt die Diagnose: „Der Narzißmus ist die protestantische Ethik von heute.“²⁷) In dieser „Me Culture“ bezieht sich alles Sinnen und Trachten auf das Ich und die unverzügliche Befriedigung von Wünschen. „Mir geht nichts über Mich“ und „Wir wollen alles, und zwar subito“ lauten die an Mauern gesprühten Parolen moderner narzißtischer Weltsicht, womit die Verkünder solcher Parolen, die sich gern als Gegner des „Konsumerismus“ ausgeben, unbeabsichtigt offenbaren, daß sie in Wahrheit von den Begehrlichkeit weckenden Gefühls- und Denkschablonen der ihnen verhaßten Waren-gesellschaft beherrscht werden.

Die zentrale Handlungsanweisung in der permissiven Gesellschaft lautet, das zu tun, wozu man Lust hat. Die Rechte des Individuums rangieren weit vor seinen Pflichten. Weitreichende Ansprüche auf privates Wohlergehen, auf Bedürfnisbefriedigung, Selbstverwirklichung und Glück werden gestellt. Diese Anspruchshaltung kümmert sich in aller Regel weder um die Voraussetzungen der Verwirklichung der Ansprüche noch um die möglicherweise nachteiligen Folgen für andere. Die narzißtischen Ansprüche bilden eine Spirale ohne Ende, sie lassen sich nie befriedigen, denn das Wesen des Narzißmus besteht „in der nicht endenden Suche des Selbst nach Gratifikation, wobei das Selbst zugleich verhindert, daß diese Gratifikation tatsächlich eintritt. ... Die ständige Steigerung der Erwartungen, so daß das jeweilige Verhalten nie als befriedigend erlebt wird, entspricht der Unfähigkeit, irgend etwas zu einem Abschluß zu bringen.“²⁸)

Zur Minimierung gesellschaftlicher Konflikte und zur Beschaffung von Legitimität (Unterstützung) neigt der moderne demokratische Staat dazu, Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Permissivität eher nachzugeben als ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Aber noch so große Bereitschaft zur Nachgiebigkeit wird ihn im „narzißtischen Zeitalter“ nicht davor bewahren, binnen kurzem wieder mit neuen Forderungen konfrontiert zu werden. Das eigentliche Problem besteht jedoch darin, daß der Staat durch seine Nachgiebigkeit die normative Verbindlichkeit gesellschaftlicher Institutionen schwächen kann. Institutionen regeln und ordnen gesellschaft-

²³) D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a. a. O. (Anm. 21), S. 363.

²⁴) Vgl. M. Kelpanides, Probleme der normativen Integration in wohlfahrtsstaatlich organisierten Demokratien. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/M. 1983, S. 12.

²⁵) R. Aron, a. a. O. (Anm. 13), S. 352.

²⁶) Ch. Lasch, Das Zeitalter des Narzißmus, München 1980.

²⁷) R. Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt 1983, S. 373 ff.

²⁸) Ebd., S. 251 und S. 376.

liches Leben. Werte und Normen, die als grundlegende, allgemein akzeptierte Orientierungsmaßstäbe für das menschliche Handeln Verhaltens- und Erwartungssicherheit ermöglichen, werden über Institutionen verinnerlicht. Die Verkündung neuer Werte bewirkt allein noch nicht viel. Erst die Schwächung der Institutionen begünstigt die Erosion tradierter Werte, Desorientierung und Verhaltensunsicherheit.

Im Gleichtakt mit sich ausbreitender sozio-kultureller Permissivität sind zahlreiche westliche Industrienationen auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die versucht, das „alte Ziel der Einkommens- und Konsummaximierung mit dem neuen der Minimierung von Leistung und Disziplin“ zu kombinieren²⁹⁾. Verbunden mit dieser Doppelorientierung, die einen fundamentalen ökonomischen und sozialen Zielkonflikt herausfordert, ist eine Polarisierung der Grunddispositionen der individuellen Wertorientierungen, „die auf fundamentale Spannungsverhältnisse (auf einen ‚Riß‘) im sozialkulturellen Gefüge unserer Gesellschaft und unserer politischen ‚Kultur‘ hinweist“³⁰⁾. Diese Polarisierung begünstigt unter gesamtgesellschaftlichem Dach die Entstehung von zwei voneinander abgeschotteten Teilgesellschaften, „die miteinander immer weniger zu tun haben, vielfach nicht mehr dieselbe Sprache sprechen, die Wirklichkeit an jeweils anderen Maßstäben bemessen und in jeweils anderen Kategorien auslegen, die von gänzlich unvereinbaren Sehnsüchten, Erwartungen und Aspirationen umgetrieben werden“³¹⁾. Diese konfliktträchtige Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Orientierungen und Bestrebungen, die Aufspaltung in eine industrielle Kerngesellschaft und in eine postmaterialistische Gegengesellschaft, scheint zum zentralen Charakteristikum westlicher Industrienationen im ausgehenden 20. Jahrhundert zu werden.

Würde sich die Gesellschaft für einen Postmaterialismus extremer Form entscheiden, dann wäre ein Zusammenbruch des bisherigen Wohlstandsniveaus und ein Zerreißen des Netzes sozialer Sicherheit kaum zu vermeiden. Der radikale Postmaterialismus, wie er z. B. in den „neuen sozialen Bewegungen“

²⁹⁾ H.-D. Ortlieb, Generationswechsel in unserer Bildungsgesellschaft, in: Meves/Ortlieb, Die ruinierte Generation, Freiburg-Basel-Wien 1982, S. 158.

³⁰⁾ Klages/Herbert, a. a. O. (Anm. 8), S. 12. Siehe auch dort die empirischen Belege für den „Riß“ im sozio-kulturellen Gefüge der Bundesrepublik.

³¹⁾ B. Guggenberger, An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Okt. 1982.

anzutreffen ist, vertritt kompromißlos die Abschaffung der industriellen Produktions- und Wachstumsgesellschaft. Angestrebt wird eine Selbstversorgungswirtschaft, d. h. eine für ein Exportland wie die Bundesrepublik ruinöse Abkoppelung vom weltwirtschaftlichen Verbundsystem, ferner die Auflösung von Großbetrieben und wirtschaftlichen Großorganisationen zugunsten einer dezentralen, gebrauchswert- und bedürfnisbezogenen Produktion sowie die Substitution des marktwirtschaftlichen Regelungssystems durch Entscheidungen der „Betroffenen“ an der Basis darüber, was, wie und wo produziert wird³²⁾.

Wo der Postmaterialismus in gemäßigteren Formen auftritt, stößt die Frage, wie Wohlstand entsteht und aufrechterhalten werden kann, meist auf Gleichgültigkeit. Wohlstand wird als eine gleichsam naturgegebene Selbstverständlichkeit betrachtet. Eine Mentalität, die an den bei manchen Naturvölkern verbreiteten „Cargo“-Kult erinnert, bei dem ökonomische Wohltaten — die aus Übersee eintreffende Fracht — als Geschenk eines magischen Spenders begriffen werden. Bereits vor einem halben Jahrhundert hat Ortega y Gasset die Mentalität und auch die narzißtischen Neigungen des verwöhnten Menschentyps der modernen Massenzivilisation, „der zur Welt gekommen ist, um das zu tun, wozu er Lust hat“, hellsichtig beschrieben: „Die verwöhnten Massen nun sind harmlos genug zu glauben, daß diese materielle und soziale Organisation, die ihnen zur Verfügung steht wie die Luft, desselben Ursprungs ist, da sie, scheinbar, auch nie versagt und fast so vollkommen ist wie Naturdinge.“³³⁾

Da materieller Wohlstand zur Selbstverständlichkeit geworden ist, richtet sich postmaterialistisches Interesse auf höher gesteckte Ziele. Kultiviert werden gesinnungsethisch motivierte und gesteuerte Überzeugungen von der Realisierbarkeit unbegrenzter Ansprüche auf immaterielle Güter, die jederzeit für jedermann überall verfügbar sein sollen. Das Anspruchsdenken richtet sich zum einen auf zentrale humane und kulturelle Werte wie Frieden, Glück, Liebe. Zum anderen wird die Egalisierung von „Positionsgütern“ angestrebt. Diese attraktiven und knappen Minderheitsgüter (insbesondere Bildungsgüter, Berufspositionen, Dienstleistungen), die markieren, was in der Gesellschaft als „vorn“ oder

³²⁾ Vgl. Brand/Büsser/Rucht, Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, a. a. O. (Anm. 3).

³³⁾ J. Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen, Stuttgart 1949, S. 110 und S. 62.

„oben“ gilt, lassen sich nicht wie materielle Massengüter beliebig vermehren. Sie verlieren an Bedeutung, wenn sich die Nutzungsbedingungen aufgrund der Egalisierung ändern³⁴⁾. Die Erreichbarkeit der Ziele ist für Postmaterialisten oft nur eine Frage des guten Willens, der rechten Gesinnung. Sachzwänge, auf die man Rücksicht nehmen mußte, gibt es ebensowenig wie Knappheit. Be-

wußt oder unbewußt wird unterstellt, daß materielle wie immaterielle Güter kostenlos zu haben sind. Ein neuer Machbarkeitsglaube tritt an die Stelle des materialistischen Rauschs der „Machbarkeit der Sachen“. Die postmaterialistischen Kritiker eines materialistischen und technokratischen „Machbarkeitswahns“ unterliegen ihm selbst — lediglich die Zielrichtung hat sich geändert.

IV. Die entstrukturierte „Collage“-Gesellschaft

Die Ausbreitung des Postmaterialismus begünstigt tendenziell die gesellschaftliche Entstrukturierung. Die neuartige Teilgesellschaft, die sich im Konflikt mit der angestammten Leistungsgesellschaft zu etablieren versucht und danach trachtet, die Gesamtgesellschaft mit ihren Maximen zu durchdringen, orientiert sich am Leitprinzip der „Beliebigkeit“. Regellosigkeit wird zur Regel, Eindeutigkeit schwindet, Vieldeutigkeit macht sich breit³⁵⁾. Es wächst die Neigung, die Anzahl der gesellschaftlichen Rollen mit hoher Verbindlichkeit zu minimieren und diejenigen von hoher Beliebigkeit zu maximieren. Konsequenter fortgesetzt, führt diese Entwicklung zu einer — dem narzißtischen Verhaltensmodell entsprechenden — Zurückweisung jeglicher Rollenverbindlichkeit und Verantwortlichkeit. Eine rasche Expansion des Postmaterialismus bewirkt eine schubartige Verstärkung gesellschaftlicher und kultureller Permissivität. Dies wiederum begünstigt und beschleunigt das Brüchigwerden und Auseinanderfallen traditioneller Wertesysteme und Institutionen. Infolge der Vorherrschaft von Regellosigkeit, schwindender Gemeinsamkeiten, mangelnder Zukunftsinteressen, Negation von Vergangenheit und Erfahrung und eines kaleidoskopartigen Wechsels von Interessen, Bedürfnissen, Informationen, Meinungen und Orientierungsmaßstäben in der narzißtisch geprägten postmaterialistischen Gesellschaft, in der nichts konsequent zu Ende gebracht wird, haben neue Wertstrukturen nur geringe Chancen, sich fest zu etablieren. Vielmehr werden Bruchstücke entstrukturierter Wertesysteme nach dem Prinzip der „Collage“ zu beliebigen neuen Gebilden von meist kurzer Lebensdauer montiert. Ein Vorgang, der es nahelegt, den sich konstituierenden Typ der postmaterialistischen Gegengesellschaft als „Collage“-Gesellschaft zu charakterisieren.

Das Prinzip der „Collage“ mit seinem nicht selten bis zur Absurdität reichenden Eklektizismus ist schon lange Bestandteil von Kunst, Mode, Theater, Film und Literatur. Auch das von den Massenmedien vermittelte Weltbild ist weitgehend eine „Collage“-Welt. Mittlerweile befindet sich das „Collage“-Prinzip auf einem zügigen Vormarsch in weitere Lebensbereiche. Es wird zunehmend zum Weltbild einer „nachindustriellen“ Gesellschaft, die sich mehr und mehr in ein „Ensemble von Minderheiten“, in ein Nebeneinander unterschiedlicher „Lebensstilgruppen“ (E. K. Scheuch) und in „lokale Sonder- und Gegenmächte“ (R. König) aufspaltet und bestrebt ist, das gesellschaftliche Leben nach der Maxime „Small is beautiful“ zu organisieren. Vor dem Hintergrund international sich ausbreitender regionaler und lokaler Autonomiebestrebungen, der Aufwertung der (sozialtechnisch rekonstruierten) Kleingruppe und Bemühungen zur Weckung eines neuen Heimatgefühls und Nachbarschaftsbewußtseins fordert man „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in dezentralen, überschaubaren Lebensräumen“, setzt wirtschaftlicher „Gigantomanie“ die Idylle einer kleinbetrieblichen Selbstversorgungswirtschaft entgegen und repräsentativer Demokratie das basisdemokratische Modell. Ein augenfälliges Beispiel für die Affinität von Postmaterialismus und „Collage“-Prinzip liefern die flickwerkartig zusammengesetzten, in sich widersprüchlichen Vielzweckprogramme der „neuen sozialen Bewegungen“ und der Eklektizismus ihrer Argumentationsmuster und Strategiekonzepte. Basisdemokratische, rätesozialistische, anarchistische, neo-marxistische, utopisch-sozialistische, ökologische, lebensreformerische, agrarromantische und konservative Elemente vereinen sich hier zu einer neuartigen politischen Collage. In der entstrukturierten Collage-Gesellschaft verlieren die großen politischen Ideologien und das traditionelle politische Rechts-links-Schema ihre Bedeutung als zentrale Orientierungsinstanzen. Die alten Weltanschauungen

³⁴⁾ Vgl. F. Hirsch, Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek bei Hamburg 1980.

³⁵⁾ Vgl. G. Höhler, Die Kinder der Freiheit, Stuttgart 1983.

werden zu ideologischen Steinbrüchen, aus denen man sich nach Belieben bedient. Unge- niert wird Unterschiedliches entgrenzt, mit- einander kombiniert oder übereinanderkopi- ert. Die Moralisierung und Psychologisie- rung von Politik einerseits und die Politisie- rung von Religion andererseits ist unter die- sen Umständen nichts außergewöhnliches. Das Collageprinzip bietet optimale Möglich- keiten, die Realität zu verschleiern und zu verfremden. Das Durchschauen von Zusam- menhängen wird immer schwieriger. Auch das politische Geschäft — insbesondere die Beschaffung politischer Legitimation — wird zu einer höchst schwierigen Angelegenheit. Die politische Konsensfähigkeit schwindet, desgleichen die Planungs- und Steuerungsfä- higkeit gesellschaftlicher Prozesse.

Eine spezifische „Entrüstungsethik“ spielt in der „Collage“-Gesellschaft eine wichtige Rolle. Bevorzugtes postmaterialistisches Instrument gesellschaftlicher Mobilisierung ist die per- manente Erzeugung von selektiver Empö- rung, von „Betroffenheit“, häufig verstärkt durch Vermittlung eines latenten Gefühls von Angst und apokalyptischen Endzeitstim- mungen. Sozialwissenschaftlich besitzt „Be- troffenheit“ mittlerweile den Rang einer zen- tralen Kategorie zur Herbeiführung gesell- schaftlicher Bewußtseinsänderungen als Vor- stufe sozialen Wandels. Die Voraussetzungen, „Betroffenheit“ als gesellschaftliche Antriebs- kraft nutzen zu können, sind günstig: Auf- grund sozio-kultureller Permissivität aus ih- ren traditionellen Bindungen gelöste, frag-

mentarisierte Werte und Normen vagabun- dieren und neigen dazu, rasch wechselnde, beliebige Ziele zu besetzen. Durch Erzeugung von „Betroffenheit“ lassen sich solche „frei- schwebenden“ Werte „einfangen“, bündeln und für unterschiedliche Interessen, etwa für neuartige weltanschauliche „Bewegungen“ oder für pseudoreligiöse Zwecke, nutzen. Um- weltkrise, Rüstungswettkampf, atomare Bedro- hung, wirtschaftliche Rezession liefern her- ausragende aktuelle Anlässe, die sich zur „Be- troffenheitserzeugung“ eignen. Imperialismus, Faschismus, Dritte-Welt-Probleme sind wei- tere bevorzugte Objekte, die „zur Empörung anstiften“.

Das politischen Themenkonjunkturen unter- liegende und durch raschen Wechsel der The- matik stimulierte „Betroffenheitsengagement“ besitzt vor allem psychologischen Gratifika- tionswert und dient vorrangig Zielen der „Selbstverwirklichung“. Zwar kann es auf ver- gessene oder nicht hinreichend berücksich- tigte politische und gesellschaftliche Pro- blemkomplexe aufmerksam machen und Bür- ger und Politiker aufrütteln, aber eine Ver- besserung politischer Entscheidungsprozesse dürfte es kaum bewirken. Eher begünstigt es durch raschen Paradigmenwechsel einen Auf- merksamkeitsverschleiß, eine allgemeine po- litische Desorientierung sowie Unstetigkeit, Unberechenbarkeit und Hysterisierung des politischen Betriebs. Die großen existenzent- scheidenden politischen Probleme unserer Zeit lassen sich so nicht meistern. Ihre Bewäl- tigung verlangt langen Atem, Zähigkeit und Rationalität.

V. Das entstrukturierte Bildungswesen

Wie kaum eine andere Institution scheint das Bildungswesen — vor allem das Schulwesen — geeignet zu sein, den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entstrukturierungs- und Destabilisierungsprozessen entgegenzuwir- ken — insbesondere durch effektive Wahr- nehmung seines Sozialisationsauftrags. Die Fähigkeit des Bildungswesens, auf Herausfor- derungen dieser Art reagieren zu können, ist jedoch begrenzt. Zum einen ist die Prägekraft konkurrierender „Miterzieher“ — Familie, Gruppe der Altersgenossen, Weltanschau- ungsgemeinschaft — nicht selten größer als die der Schulen. Zum anderen haben die Er- fahrungen eines Vierteljahrhunderts weltwei- ter Bildungsexpansion — im Gegensatz zu den Erwartungen vieler Bildungsreformer — gezeigt, daß das Bildungswesen in viel stärker-

rem Maße von gesellschaftlichen Einflüssen beherrscht wird, als es selbst in der Lage ist, gesellschaftsändernd und -prägend zu wirken. Epochaltypische, die Gesamtgesellschaft prä- gende Einflüsse mit ihren Widersprüchen, Spannungen und Konflikten schlagen auf das Bildungswesen durch und beeinträchtigen seine Eigenständigkeit und Handlungsfähig- keit. In weiten Bereichen bietet das Bildungs- wesen ein Spiegelbild epochaltypischer ges-ellschaftlicher Kräfte und Strömungen und ihrer Widersprüche. Die Leistungs- und Kon- kurrenzorientierung der Gesellschaft spiegelt sich in ihm ebenso wie die Konsumorientie- rung. Die gesamtgesellschaftlichen Entstruk- turierungstendenzen finden im Bildungswe- sen — insbesondere in den Schulen und im organisatorischen und curricularen Bereich

— ihre Entsprechung, desgleichen die konfliktreiche Polarisierung von Leistungsorientierung und Permissivität.

Einflüsse der Leistungs- und Konsumgesellschaft verwandeln Schule tendenziell in eine Institution, in der das Prinzip von Konkurrenz und Auslese herrscht, in der Schüler ihre Lernstrategie am ökonomischen Rationalprinzip orientieren, in der schulische Gratifikationen als knappe Güter fungieren und pluralistische Bildungsinhalte als Ware angeboten und konsumiert werden. Der Produktionsgesellschaft entlehnt sind arbeitsteiliges Unterrichten und Lernen, standardisierte und normierte Erfolgskontrollen und eine „Reißbrett-Strategie“ der Curriculumplanung. Durch den Doppeleinfluß von Leistungs- und Konsumorientierung gerät die Schule „in einen Widerspruch, der immer weniger mit Mitteln der Pädagogik aufgelöst werden kann: Die meritokratische Funktionalisierung von Lehren und Lernen verschärft den Wettbewerb der Schüler um lizenzierte Lernleistungen, ausgerichtet auf Zensuren und Zertifikate; der konsumistische Zug der Massenkultur unterhöhlt aber gleichzeitig die Lernbedingungen: Wie sind dann hohe Lernanforderungen mit leichtem, gar unterhaltsamen Erwerb der Wissensgüter zu vereinbaren? Und was geschieht, wenn die Schüler die Warenästhetik der Wissensgüter als bloßen Schein erkennen, weil es doch erheblicher Anstrengungen bedarf, das Wissenskapital zu erwerben?“³⁶⁾

Dem überbordenden Warenangebot der Konsumgesellschaft entspricht im Bildungswesen eine ständig wachsende Flut von Unterrichtsstoffen, die in Ermangelung fester Maßstäbe der Eingliederung den traditionellen Unterrichtsstoffen aufgeschichtet werden. Eine Nebensächliches von Wichtigem trennende Auswahl des Wissenswerten ist schon deswegen nicht möglich, weil im Zuge epochaltypischer Egalisierung alle Fächer als gleichrangig und alle Unterrichtsstoffe als gleichwertig betrachtet werden. Das Fehlen gültiger Auswahlkriterien disponiert zu Eklektizismus, Beliebigkeit und Austauschbarkeit der zu vermittelnden Unterrichtsinhalte. Begünstigt wird die Warenstückelung des Bildungsangebots in der Bundesrepublik insbesondere durch die länderspezifische Zersplitterung des Bildungswesens, die schultypenspezifische Zergliederung, die „Atomisierung“ der Lehrpläne, die „Verkürzung“ und Spezialisierung des Unterrichts, das Auseinanderstreben

³⁶⁾ H.-G. Rolff, Unterricht und Massenkultur, in: Rolff/Klemm/Tillmann (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 2, Weinheim und Basel 1982, S. 173.

von Organisationsformen, Richtlinien, Normen und Curricula. Hinzu kommt die unbewältigte Allgemeinbildungs-Problematik, der zum bildungspolitischen Programm erhobene bewußte Verzicht auf die Festlegung allgemein verbindlicher Inhalte und die für notwendig erachtete „ständige Wandlung der Unterrichtsinhalte“³⁷⁾.

Der Abschreckungseffekt der komplexen und komplizierten Allgemeinbildungsproblematik hat dazu geführt, daß vielen der Versuch einer verbindlichen Neuorientierung allgemeiner Bildung von vornherein als aussichtslos gilt, oft auch für naiv gehalten wird. So bleibt unklar, welche nicht-spezialistischen Grundfähigkeiten und -kenntnisse vermittelt werden sollten, die den einzelnen in den Stand setzen, sich in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation des ausgehenden 20. Jahrhunderts zurechtzufinden und an ihrer Gestaltung mitzuwirken³⁸⁾. Zugleich entfernen sich die Schulen vom traditionellen Auftrag und Rollenverständnis, indem ihnen einerseits zahlreiche neuartige Aufgaben insbesondere gesellschaftlicher Defizitkompensation übertragen werden und ihnen andererseits durch die bildungspolitische Entwicklung und durch die gesellschaftlichen Erwartungen und Anforderungen, die einen Zwang zur Überbetonung der Aufgaben der Stoffvermittlung und Leistungskontrolle ausüben, der Spielraum zur Erziehung immer mehr abhanden kommt. Damit wird die Schule immer weniger bestimmend für das persönliche Bildungserlebnis und überhaupt für die Persönlichkeitsformung — ein Vorgang, der auf die Dauer nicht ohne Folgen für das Selbstkonzept von Pädagogen und Erziehern bleiben dürfte.

Als Agenturen des Wertewandels haben „Bildungsrevolution“ und „emanzipatorische Erziehung“ zweifellos eine wichtige, manchmal freilich auch überschätzte Rolle gespielt. Es gibt hinreichende Indizien dafür, daß sie den „Werteverlust“ und den „Werteumsturz“ (Klages/Herbert) begünstigt haben, aber nicht die Werteintegration³⁹⁾. Die „emanzipatorische Pädagogik“ verstärkte Tendenzen zur Entstrukturierung der Gesellschaft, indem sie zum Traditionsbruch aufrief und „an die Stelle eines Werte- und Normenkonsenses einen Wertrelativismus setzte, der grundsätzlich alle Werte, Normen, Institutionen und Grundordnungen in Frage stellte und sie

³⁷⁾ Vgl. H. Becker, Auf dem Weg zur lernenden Gesellschaft, Stuttgart 1980.

³⁸⁾ Zur Allgemeinbildungsproblematik vgl. die instruktiven Ausführungen von W. Ross, Kanon und Konsens, in: Merkur, 37 (1983) 4, S. 407 ff.

³⁹⁾ Vgl. Klages/Herbert, a. a. O. (Anm. 8), S. 114 ff.

durch ‚Hinterfragungen‘ zu enthüllen und aufzulösen versuchte“⁴⁰⁾. Auch der Verbreitung von Permissivität leistete das Konzept der „emanzipatorischen Erziehung“ Vorschub, denn „es wurde von vielen ganz unkritisch als Rechtfertigungsform einer Lebens- und Erziehungspraxis verstanden, in der Tüchtigkeit vor allem darin gesehen wird, daß man sämtliche ‚Chancen der Bedürfnisbefriedigung‘ nutzt, ‚soziale Abhängigkeiten‘ abbaut und die Hindernisse auf den Wegen zur Erfüllung seiner Wünsche möglichst geschickt umgeht“, was auf eine „Erziehung zum wohlverstandenen Eigennutz, zum klugen Egoismus“ hinausläuft⁴¹⁾.

Die Problematik einer solchen Erziehung verschärft sich noch dadurch, daß Kinder und Jugendliche, die unter dem Einfluß der Überflußgesellschaft besonders stark in der Konsumentenrolle aufgehen, dazu neigen, narzißtische Verhaltens-, Denk- und Kommunikationsmuster zu entwickeln. Vor einigen Jahren wurde bei uns der „Narziß“ als „neuer Sozialisationstypus“ entdeckt und durch Merkmale wie Eskapismus, Desinteresse, Orientierungsangst, fehlendes Triebaufschubvermögen, geringe Unlusttoleranz charakterisiert⁴²⁾. Durch unkritische Verallgemeinerung und Sensationsbedürfnisse wurde der „neue Sozialisationstypus“ häufig zum Durchschnittstypus des modernen Jugendlichen hochstilisiert. So falsch dieses Globalurteil ist, nicht zuletzt weil es die nach wie vor große Zahl an Leistung und Technik orientierter Jugendlicher ignoriert, so wenig läßt sich die Ausbreitung narzißtischer Verhaltensmuster bei Teilen der Jugend grundsätzlich in Abrede stellen, wobei dieser Prozeß durch Konsumkultur, Permissivität und Erziehungsstil der Erwachsenenwelt wesentlich vorgeprägt ist.

Dem „kulturellen Riß“ quer durch die Gesellschaft und deren zunehmender Polarisierung entspricht im Bildungswesen ein eklatanter Widerspruch von nebeneinander existierenden permissiv-egalitären und meritokratischen Zielsetzungen. Besonders augenfällig wird das bei der Bildungspolitik: Im Widerspruch zu den Egalisierungsbestrebungen und emanzipatorischen Zielsetzungen, die die Bildungsexpansion begleiteten, steht das Prinzip

⁴⁰⁾ E. Stein, Gesellschaftslehre als fächerübergreifender Unterricht im Lande Hessen. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt 1982, S. 5f.

⁴¹⁾ W. Brezinka, Die „Emanzipatorische Pädagogik“ und ihre Folgen, in: PR (Sankt Augustin), 35 (1981), S. 367.

⁴²⁾ Vgl. H. Häsing/H. Stubenrauch/Th. Ziehe (Hrsg.), Narziß. Ein neuer Sozialisationstypus?, Bensheim 1979.

von Konkurrenz und Auslese. Paradoxerweise haben gerade die durch die Bildungsexpansion erzeugten Massenprobleme und die Notwendigkeit ihrer Bewältigung das Selektionsprinzip als bildungspolitisches Denk- und Handlungsmuster reaktiviert. Allerdings werden die bildungspolitischen Selektionsbestrebungen durch die Schulen (insbesondere die Gymnasien) teilweise konterkariert, indem diese sich durch erhöhte Durchlässigkeit den Bildungsansprüchen der Bevölkerung an ein modernes Massenbildungssystem anpassen und sich auf die Zurückweisung von Bildungsansprüchen bei Unterschreitung leistungsmäßiger Grenznormen beschränken⁴³⁾. Der Widerspruch von permissiven und leistungsorientierten Zielsetzungen setzt sich fort im Binnenraum der Schule. Zwar ist das Schulklima zwangloser geworden, doch schafft die „Verwissenschaftlichung“ des Unterrichts neue Belastungen: „Was ehemals der Lehrer an Restriktionen vertrat und durchsetzte, das geht jetzt von den Stoffen aus. Ein ‚Sachzwang‘, hinter den der Lehrer sich schuldlos zurückzieht, bedrängt die Schüler nun. Irritation setzt ein: Der Lehrer ist liberal und ‚partnerschaftlich‘, die vermittelte Sache hingegen wirkt schwierig und abstrakt“⁴⁴⁾. Der Widerspruch von nebeneinander existierenden permissiv-egalitären und meritokratischen Zielsetzungen im Bildungswesen hat in der Öffentlichkeit Verwirrung gestiftet: Für die einen leistet die Schule zu wenig, nach der Auffassung anderer verlangt sie zuviel. Tatsächlich schließt das eine das andere nicht aus, wenn Permissivität und „Leistungsdruck“ Parallelerscheinungen sind.

Die Schule — so kann man zusammenfassen — ist nicht sonderlich gut gerüstet, um den gesamtgesellschaftlichen Entstrukturierungs- und Destabilisierungstendenzen korrigierend entgegenwirken zu können. Sie ist selbst in erheblichem Maße organisatorisch entstrukturiert. Die Inhalte, die sie vermittelt, sind häufig bruchstückhaft. Diskontinuität des Lernens, Beliebigkeit und collagehafte Anlage von Stoff- und Lehrplänen breiten sich aus. Die erzieherische Funktion der Schule ist durch den vorrangigen Auftrag der Wissensvermittlung reduziert. Und einen verbindlichen Kanon von Werten zu vermitteln, wird schon lange nicht mehr als ihre Aufgabe angesehen — zumindest nicht von einer sich als „fortschrittlich“ begreifenden Bildungspolitik.

⁴³⁾ Vgl. W. Wiese/H. Meulemann/M. Wieken-Mayer, Soziale Herkunft und Schullaufbahn von Gymnasiasten. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, Juli 1983.

⁴⁴⁾ G. Höhler, Die Kinder der Freiheit, a. a. O. (Anm. 35), S. 64.

Die Verwirklichung der Ideen der „neuen sozialen Bewegungen“ würde die Entstrukturierung im Bildungswesen mit großer Wahrscheinlichkeit eher verstärken als reduzieren. Vernünftig klingende Forderungen nach einer „Schule, die Spaß macht“, nach Entbürokratisierung, Dezentralisierung, Überschaubarkeit, mehr Entscheidungskompetenz an der Basis, Berücksichtigung vernachlässigter Interessen und Bedürfnisse können sich dann als dysfunktional erweisen, wenn sie, was zu befürchten ist, dem Prinzip der Beliebigkeit untergeordnet werden. In diesem Fall würde auch die Chance vertan, die Lebensqualität der Bildungseinrichtungen zu verbessern, die sich durch den Entlastungseffekt rückläufiger Schülerzahlen anbietet. Die „neuen sozialen Bewegungen“ sind keine Bildungsbewegungen. Radikales Infragestellen der Sozialisations-, Qualifikations- und Allokationsfunktionen von Schule weist sie eher als Anti-Bildungsbewegungen aus. Das Angebot an Ideen, die als bildungspolitisches Innovationspotential genutzt werden könnten, ist begrenzt, meist nicht neu und läßt — wie es dem collagegesellschaftlichen Muster entspricht — einen systematischen Begründungszusammenhang vermissen: „Die Versuche der Grün-Alternativen zur Begründung einer schul- und bildungspolitischen Alternative (sind) insgesamt eine Zusammenstellung von Positionen, die aus ihrem ursprünglichen Begründungs- und Argumentationszusammenhang gelöst worden sind. Eine Zusammenstellung, die es vielen recht machen will und in den inhaltlichen Ambivalenzen kein geschlossenes Konzept entstehen läßt.“⁴⁵⁾ Organisatorisch geht es vor allem um eine Reform der Gesamtschule, die Aufhebung der Eigenständigkeit von Realschulen und Gymnasien, die Einrichtung von (privaten) „Alternativ“-Schulen sowie einer neuen Ganztagschule, in der es keine Trennung von Schule

⁴⁵⁾ Grün-Alternative Schulpolitik: nein, nein — ja?, in: Westermanns Pädagogische Beiträge, (1983) 2, S. 98. Dort auch S. 99 eine Literaturzusammenstellung der regionalen Grün-Alternativen politischen Programme.

und Freizeit mehr geben soll⁴⁶⁾. Im Rahmen dieser neuen Ganztagschule wird den Schülern bei umfassender sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung „ein Angebot für alle ‚Lebenslagen‘ gemacht, dessen Wahrnehmung ihnen freigestellt ist und aus dem sich für sie keinerlei Verpflichtungen ergeben“⁴⁷⁾. Das Schulmodell ist nicht nur ein Paradebeispiel für Permissivität und „Konsumerismus“ (den man ja eigentlich radikal bekämpfen will), es zeigt auch, daß die Abschaffung der „alten“ Schule keineswegs zu einer Entschulung der Gesellschaft führt, sondern im Gegenteil zu mehr „anderer“ Schule und zu einer weiteren Pädagogisierung des Daseins.

Die aufgebrochene Wert- und Orientierungskrise stellt zweifellos eine schwere Belastungsprobe für den gesellschaftlichen Grundkonsens, die Kohäsionskraft der Gesellschaft und die Funktionsfähigkeit ihrer Planungs-, Organisations- und Steuerungsapparaturen dar. Es besteht jedoch kein Grund für zivilisationspessimistische Resignation. Krisenhafte Herausforderungen sind ein normaler Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung. Historische Erfahrung zeigt — und Historiker wie Toynbee und Rosenstock-Huessy haben es als Gewißheit vermittelt —, daß Gesellschaften immer wieder zur Selbsterneuerung fähig sind. Auch für die Gesellschaft unserer Tage läßt sich eine solche Prognose wagen, denn „so gewiß unsere westliche Zivilisation sich in einer ernsten Krise befindet, so gewiß ist sie noch nicht zusammengebrochen. Ihre grundlegenden Werte und Triebkräfte sind, obwohl gefährdet, noch wirksam, ihre institutionellen und normativen Gestalten noch der Umformung fähig.“⁴⁸⁾

⁴⁶⁾ Vgl. C. Hornig/H. Wagner (Hrsg.), Grüne Alternativen zur Bildungspolitik. Diskussionsstand, Ansätze und Dokumente, Bad Bentheim 1983, sowie Westermanns Pädagogische Beiträge, a. a. O. (Anm. 45), S. 98.

⁴⁷⁾ Schulorganisation: Zwischen Alternativschulen und Gesamtschule, in: Westermanns Pädagogische Beiträge, (1983) 2, S. 98.

⁴⁸⁾ R. Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise, a. a. O. (Anm. 11), S. 20.

Computer, Wertewandel und Demokratie

Öffnet die Informationsgesellschaft die Chancen für mehr politische Partizipation?

Einleitung

Die Entzauberung der technischen Zivilisation hat für viele begonnen. Der Glaube an industriegesellschaftliche Werte wie Rationalisierung, technisch-wissenschaftlicher Fortschritt und Effektivierung geht zurück. Unberührt davon glauben aber auch viele daran, daß die technologische Förderung und wirtschaftliche Einführung der Mikroelektronik neue Vitalität in die entwickelte industrielle Gesellschaft bringen wird. Aus diesem noch zunehmenden Spannungsverhältnis erwächst die hier zu untersuchende Frage.

Nachdem erkennbarer wird, daß das „System des Industrialismus“¹⁾ inzwischen alle Lebensbereiche der Gesellschaft erfaßt und durchorganisiert hat, und auch deutlicher wird, daß die Krise der technischen Zivilisation²⁾ neue

soziale Prozesse auslöst, die u. a. auf eine erweiterte politische Teilhabe („partizipatorische Revolution“) drängen, rückt die demokratietheoretisch bislang vernachlässigte Frage nach den gesellschaftlichen Konsequenzen eines von den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eingeleiteten Rationalisierungsprozesses³⁾ in den Vordergrund.

Die Einführung der neuen Informationstechnik wird erstmals in der Geschichte der Industriegesellschaft dazu führen, daß die entorganisierende Kraft technisch erzeugbarer Rationalisierungsmöglichkeiten gezielt und in größerem Umfang eingesetzt wird und — wie zu prüfen sein wird — vielleicht die Chance zu neuen, erweiterten Formen der demokratischen Teilhabe öffnet.

Damit sind die Ausgangspunkte markiert: Die Folgen der Industrialisierung lösen wachsenden Zweifel am Fortschrittsglauben aus und beginnen das kulturelle Wertesystem des Industriesystems zu unterminieren, mit der Folge, daß die Bürger immer stärker die Forderung nach einer unkonventionellen, direkten Beteiligung stellen. Dieser gesellschaftstheoretische Rahmen ist soweit aufzufächern, daß eine demokratietheoretische Bündelung vorgenommen werden kann, die den Versuch erlaubt, die in der Logik einer wachsenden „Informatisierung“ der Gesellschaft liegenden Tendenzen zu analysieren. Welchen Nutzen kann eine solche demokratietheoretisch orientierte Auswirkungsanalyse haben?

Es wird versucht, den gesellschaftspolitischen Umbruchprozeß, in dem wir uns heute und wahrscheinlich für lange Zeit befinden, zur Ausgangslage einer Analyse zu machen, die gezielt die technisch-physikalische Logik der Computernetze und deren gesellschaftspolitisch wirksam werdende Konsequenzen auf Widersprüche bzw. Übereinstimmungen mit der Tendenz zu umfassenderen Partizipationsbestrebungen befragt.

¹⁾ Ökonomisches Wachstum, fortschreitende Arbeitsteilung, Bürokratisierung und technologische Rationalisierung sind im System des Industrialismus zusammengeschmolzen, das durch Technisierung, Rationalisierung, Spezialisierung und Zentralisierung gekennzeichnet ist. Vgl. dazu G. Frederichs/G. Bechmann/F. Gloede, Großtechnologien in der gesellschaftlichen Kontroverse. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Energiepolitik, Kernenergie und Kohle, Kernforschungszentrum Karlsruhe, 1983.

²⁾ Die Krise der technischen Zivilisation ist faßbar in drei Dimensionen, als

— „zunehmende Selbstdestruktivität“ (Selbstzerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, Zunahme psychisch-sozialer Selbstzerstörung, Anwachsen des militärischen Vernichtungspotentials, selbstzerstörerische Dynamik des Nord-Süd-Konflikts),

— „abnehmende Lösungskompetenz“ (die aus der industriellen Entwicklung resultierenden Probleme können nicht mehr ohne sozialschädliche, gesundheitlich und ökologisch gefährliche Folgewirkungen auf dem Weg wissenschaftlich-technischer Innovation gelöst werden),

— „abnehmende Gesamteffizienz“ (im Rahmen einer Gesamtbilanzierung steht den steigenden ökonomischen, psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Kosten der fallende Nutzen überflüssiger und im Überfluß vorhandener industrieller Güter gegenüber).

Vgl. dazu ausführlich J. Raschke, Politischer Paradigmawechsel in den westlichen Demokratien, in: Th. Ellwein (Hrsg.), Politikfeld-Analysen 1979. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 1. bis 5. Oktober 1979, S. 284—299.

³⁾ Vgl. D. Janshen, Kabelfernsehsysteme im Rationalisierungsprozeß der Industriegesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), (1979) 2, S. 135—152.

Eine besondere methodische Schwierigkeit liegt darin, daß es sich bei dem Prozeß des Wertewandels sowie der Informatisierung der industriellen Gesellschaft jeweils um noch unabgeschlossene historische Prozesse handelt. Ob nämlich die neue Informationstechnik z. B. vorhandene Tendenzen zur „technokratischen Eliteherrschaft“ verstärkt oder

aber dem wachsenden Druck nach direkter Teilhabe am gesellschaftlich relevanten Wissen nachgibt, ist, so oder so, eine Frage nach der Qualität, dem Selbstverständnis, mit dem ein neuer Begriff von Politik vor dem Hintergrund des historischen Umbruchs der technischen Zivilisation gesehen wird.

I. Politische Partizipation und Gesellschaftstheorie

Bislang galt der *soziale* Konflikt als zentrale Komponente des politischen Lebens in westlichen Industriegesellschaften. Es mehren sich aber die Anzeichen, daß wir die Abwendung von einer *klassenorientierten* und die Hinwendung zu einer mehr und mehr *wertorientierten* politischen Polarisierung erleben. Als Ursache wird der kulturelle und politische Wandel in Westeuropa gesehen. Dies besonders bezüglich der Bürgerinitiativbewegung, die als neue soziale Bewegung gewertet wird und bewußt quer zu den etablierten Parteien und den kanalisierten Verarbeitungsmustern des politischen Systems liegt. Als Auslöser für die Entstehung der Bürgerinitiativen gelten die Umweltproblematik, die Kernenergie und das gewachsene Unbehagen der Bürger, daß demokratische Konsenssuche durchaus Lösungen hervorbringen kann, die „vom Bürger da draußen“ und dessen Wert- und Erwartungsstrukturen qualitativ nicht mehr akzeptiert werden⁴⁾. Dem „abgehobenen“ Agieren der politisch-administrativen Elite wird — trotz anhaltender stabiler Wahlbeteiligung und hoher Parteienkonzentration — weniger Vertrauen als in der Vergangenheit entgegengebracht. Die Parteiendemokratie scheint ihre Funktion der Systemintegration nicht mehr in vertrautem Maße wahrnehmen zu können⁵⁾, denn wichtige soziale Konflikte der letzten Jahre weichen von der traditionellen Konfliktlinie (Arbeit und Kapital) ab. Außerhalb der Themensetzungsmacht der politischen Parteien ist es zu einer Politisierung neuer Lebensbereiche wie Umwelt, Lebensqualität, Erziehung, technischer Fortschritt, Rüstung usw. gekommen. Im Zentrum westlicher Industriestaaten steht bei der Setzung bzw. Kontrolle politischer Themen mehr und mehr die sich formierende neue soziale Bewe-

gung (Bürgerinitiativ-, Kernkraft-, Ökologie-, Alternativer Lebensstil-, Friedensbewegung). Technikkritik ist von ihnen zu einem gesellschaftlichen und politischen Thema gemacht worden. „Die grundsätzliche Neuheit ökologischer Krisen und die zunehmende Thematisierung der globalen Umweltfolgen des Industrialisierungsprozesses geht mit einer allgemeinen Infragestellung des Fortschrittgedankens Hand in Hand...“⁶⁾.

Aus analytischer Sicht wurden verschiedene Versuche unternommen, die neuen Konfliktdimensionen zu systematisieren. So hat Raschke versucht, die gegenwärtige Lage als eine Phase des Paradigmenwechsels zu deuten. Nach einer Epoche des „Herrschaftsparadigmas“ und des darauffolgenden „Verteilungspadigmas“ entfalte sich derzeit ein Paradigma der „Lebensweise“.

Dabei geht es u. a. darum, die „Welt vom Individuum her aufzubauen“, den Menschen in seinen vielfältigen Lebensbeziehungen unmittelbar zum Bezugspunkt für die Politik zu machen. „Industriesystem, Kapitalismus, aber auch Sozialismus und Demokratie, wenn sie von den Funktionserfordernissen dieser Systeme und nicht von den Bedürfnissen des Individuums her konzipiert werden, gehören zu den problematisch gewordenen Systemstrukturen und -ideologien, die an Dynamik und Überzeugungskraft eingebüßt haben.“⁷⁾

Der jetzt ablaufende Paradigmenwechsel setzt zum Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns die Lebensweise des Menschen. Die partizipatorische Dimension des Paradigmas „Lebensweise“ liegt in dem nicht vollendeten Demokratisierungs-Versuch, nämlich dem Bürger in seinen unmittelbaren Lebensbereichen mehr Transparenz und Einwirkungschancen zu verschaffen. Das bewußter werdende, strukturell angelegte Partizipationsdefizit wird jetzt politisiert. Der bislang

⁴⁾ H. Klages, *Überlasteter Staat — verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft*, Frankfurt/New York 1981.

⁵⁾ Vgl. B. Guggenberger, *Bürgerinitiativen: Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien?*, in: J. Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Bonn 1982, S. 190—203.

⁶⁾ Vgl. G. Frederichs u. a., a. a. O. (Anm. 1), S. 12.

⁷⁾ J. Raschke, *Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80, S. 23—45.

weitgehend vorhandene Partizipationsverzicht großer Bevölkerungsteile scheint aufgekündigt zu sein. Partizipation ist zum neuen Zauberwort geworden, löste aber bislang ohne klare Vorstellung über die Ziele keine Probleme. Die bisher fehlende Ideologie, das Programm, ist mit der gleichberechtigten Berücksichtigung menschlicher Bedürfnisse gegenüber der Natur und in bezug auf die Gesellschaft nun aber gegeben.

Das jetzt zielgerechte partizipatorische Engagement, das in den Kanälen der Parteidemokratie nicht zur selbstfindenden Entfaltung kommt, schafft sich außerhalb der Institutionen und mit vielfach noch unkonventionellen politischen Beteiligungsformen eine eigene wachsende Basis⁸⁾. Kaase spricht von einer „partizipatorischen Revolution“ und meint, daß „die entwickelten Industriegesellschaften des Westens sich zunehmend einer umfassenden Forderung der Bürger nach Ausweitung ihrer sozialen und politischen Beteiligungsrechte gegenübersehen“⁹⁾. Bezeichnend für die gegenwärtige Umbruchphase ist nun, daß „der zunehmende Druck der Bürger zur systematischen Ausweitung der bisher institutionell nur sehr begrenzt verankerten Teilhaberechte an Politik“¹⁰⁾ als Prognose aus den Prozessen des Wertewandels abgeleitet werden.

Die Frage nach dem „Wesen“, nach einem „Wandel“ oder einem „Verfall“ alter Werte hat in letzter Zeit in den Diskussionen an Bedeutung gewonnen und wird noch zunehmen.

Ob es sich um Ingleharts¹¹⁾ These vom allmählichen („lautlosen“) Übergang zu nicht-materiellen Werten handelt oder um Bells¹²⁾ Aussage, daß gegenwärtig eine Desintegration des Wertesystems stattfindet, die in einen Konflikt von miteinander um Dominanz konkurrierenden Wertmustern führt, um Löwenthals¹³⁾ Zustimmung, daß die Ursachen der „Kulturkrise“ bestimmt werden aus Defiziten des sozialen und politischen Systems gegenüber den Problembeständen der aktuellen

⁸⁾ Vgl. J. Huber, Basisdemokratie und Parlamentarismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2/83, S. 33—45.

⁹⁾ M. Kaase, Partizipatorische Revolution — Ende der Parteien?, in: J. Raschke (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 5), S. 173—189.

¹⁰⁾ Ebd., S. 179.

¹¹⁾ R. Inglehart, Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: *PVS*, (1983) 2, S. 135 bis 165; ders., *The Silent Revolution*, Princeton (N. J.) 1977.

¹²⁾ D. Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1976.

¹³⁾ R. Löwenthal, *Gesellschaftswandel und Kulturkrise — Zukunftsprobleme der westlichen Demokratie*, Frankfurt 1979.

Entwicklungsphase der Gesellschaft, z. B. Verknappung der natürlichen Ressourcen, oder um die von Habermas¹⁴⁾ diagnostizierte „Motivationskrise“: gemeinsam ist diesen kultursoziologischen Konzepten nicht nur, daß ihnen entsprechende empirische Untersuchungen zuzuordnen wären, sondern auch die abzuleitende Aussage, daß sogenannte „postmaterialistische“ Werte (z. B. Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung) zunehmend an Bedeutung gewinnen, bis sie schließlich auch den Charakter der Politik verändern. Politische Teilhabe wird, ganz im Sinne radikal-demokratischer Theorien, als Ziel definiert. Allerdings zeigt sich, daß die ökonomische Krise in zahlreichen westlichen Industriegesellschaften noch die Dimension der postmaterialistischen Wertordnungen zugunsten des alten Links-rechts-Konfliktes verdrängt. Aber die soziale Basis für eine neue, postmaterialistische Politik ist damit keineswegs verschwunden. Die von Inglehart 1971 veröffentlichte These von der „stillen Revolution“ — die weniger still abläuft — wird auch in absehbarer Zukunft nicht an Bedeutung verlieren¹⁵⁾. Für diese Annahme spricht, daß die Kritik an der Technikentwicklung nun schon über zehn Jahre dauert und keine — wie viele schon länger erwarten — Abfallphase zu sehen ist. Statt dessen sieht es so aus, daß sich der Technologiekonflikt sowohl politisch (Grüne Partei) als auch thematisch stabilisiert. „Technikkritik ist ein Strukturproblem fortgeschrittener Industriegesellschaften geworden, weil Wissenschaft und Technik als erste Produktivkraft in fast allen Lebensbereichen eingesetzt wird und von daher alle Lebensbereiche stark in den Modernisierungsprozeß hineingezogen werden, dessen Folgeprobleme zum Anlaß von Konflikten werden.“¹⁶⁾

Ergebnisse:

1. Der Technologiekonflikt, die immer wichtiger werdende Stellung von Wissenschaft und Technik im sozio-ökonomischen Zusammenhang der Gesellschaft, ist der bestimmende Auslöser gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Diffuses Unbehagen bildet sich gegenüber bislang tragenden Wertmustern, gesellschaftspolitischen Optionen und Lebensstilen heraus. Dies führt zur Veränderung der Wertordnung und zu Änderungen

¹⁴⁾ J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973.

¹⁵⁾ F. Müller-Rommel, Die Postmaterialismusdiskussion in der empirischen Sozialforschung. Politisch und wissenschaftlich überlebt oder noch immer zukunftsweisend? in: *PVS*, (1983) 2, S. 218—228.

¹⁶⁾ Vgl. G. Frederichs u. a., a. a. O. (Anm. 1), S. 16.

der politischen Kultur. Das Aufkommen neuer Orientierungsmuster und die Erosion der Legitimationsgrundlagen haben zu weitreichenden partizipativen Forderungen geführt. Der modernistische Fortschrittsglaube ist grundlegend gebrochen. Verstärkt ist die wachsende Sensibilität für immaterielle Werte, für Fragen der Lebensqualität wahrzunehmen.

2. Demokratie wird nicht mehr nur allein daran gemessen, ob freie Wahlen existieren, sondern wieweit der einzelne Bürger bei der unmittelbaren Gestaltung seines Lebens mitbestimmen kann. Neben die indirekte Form der politischen Beteiligung bei Wahlen tritt immer stärker die Forderung einer unkonventionellen direkten politischen Partizipation, frei von der Kanalisierung in institutionell vorgeprägten Zwängen.

3. Die Forderung nach mehr direkter politischer Beteiligung wird besonders betont von jenen, die sich nicht nur durch eine überdurchschnittliche Gesprächsbereitschaft und -tätigkeit, sondern auch hinsichtlich ihres ge-

sellschaftspolitischen Engagements auszeichnen. Die hier liegenden Ansätze zur politisch wirksam werdenden Meinungsführerfunktion sind im Hinblick auf die Konfliktfähigkeit wie auch auf die Konfliktbereitschaft von besonderer Bedeutung. („Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß eine Minorität den Kurs anzeigt, den die historische Entwicklung nimmt“ [Fromm]).

4. Bemerkenswert ist, daß die gesellschaftstheoretische Debatte zwar ein Ende der industriegesellschaftlich bedeutsamen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ankündigt, aber kaum zu erkennen gibt, ob und in welcher Weise den vorerst wohl noch weiter existierenden Gewerkschaften im neuen Spannungsfeld zwischen Materialismus und Postmaterialismus eine Rolle zukommt. Es wird mit einer Aufgabe dieser Abhandlung sein, auch die Rolle und Funktion der Gewerkschaften im Übergang zur Informationsgesellschaft insbesondere unter dem Aspekt der Informationsteilnahme zu betrachten.

II. Die neue Qualität der Informationstechnik

Der Versuch, gesellschaftspolitisch bedeutsam werdende Konsequenzen der neuen Informationstechnik zu erarbeiten, dient dem Ziel, eine Vermittlung zwischen den empirisch abgesicherten Trends der weiteren historisch-sozialen Entwicklung und der „neuen Qualität“ der Mikroelektronik herzustellen. Es gibt Stimmen, die es ablehnen, in diesem Zusammenhang aus heutiger Sicht schon von einer „neuen technologischen Qualität“ zu sprechen¹⁷⁾. Im folgenden soll begründet werden, warum es berechtigt ist, ausgehend von der physikalisch-chemischen Logik der Mikroelektronik, durchaus einen Qualitätssprung im Vergleich zur herkömmlichen ingenieurwissenschaftlichen Technologieentwicklung zu sehen.

Aufgrund der mit der „elektronischen Funktion“ gegebenen neuen Technologiequalität muß aber, logisch weitergedacht, auch mit einer neuen Qualität gesellschaftspolitisch virulent werdender Auswirkungen im Übergang zur Informationsgesellschaft gerechnet werden. Je für sich betrachtet ist die „elektronische Funktion“ — als physikalisches Urprinzip der Mikroelektronik —, ihre Informatisierungskonsequenzen, zum Beispiel die Auflö-

sung (Immaterialisierung) sozialer Prozesse und die Maschinisierung geistiger Tätigkeit, längst bekannt. Der spezifische Stellenwert des nachfolgenden Überblicks aber ist, daß in dem Wirksamwerden der Informatisierungsprozesse gesellschaftspolitisch bedeutsam werdende Konsequenzen liegen, die in noch näher zu klärender Weise auf ihre Bedeutung für die aus dem Wertewandelprozeß sich ergebenden Partizipationsforderungen geprüft werden müssen.

1. Die elektronisch-logische Funktion

Für die Informations- und Kommunikationstechnik nimmt die Mikroelektronik eine Schlüsselposition mit politischer Brisanz ein. Mikroelektronik ist anderer Natur als etwa die Metallverarbeitung, der Elektromotorenbau oder die Textilindustrie. Diese konventionellen Technologiefelder sind nur entwickelbar auf einer streng wissenschaftlich-ingenieurmäßigen Grundlage.

Die auf der Mikroelektronik beruhende neue Informationstechnik funktioniert im Grundsatz nach den physikalisch-chemischen Gesetzen des Atoms. Bei der Mikroelektronik ist die Funktion, die wir benutzen, unmittelbar in den atomaren Aufbau eines Festkörpers inte-

¹⁷⁾ Vgl. W. Dostal, Fünf Jahre Mikroelektronik-Diskussion, in: IAB-Mitteilungen, (1982) 2, S. 151—166.

griert. Die Dimensionen sind ins Atomare gegangen. Waren bislang Komponenten und Strukturelemente sowie ihre Funktionen im Maschinensystem sichtbar, erkennbar, noch überschaubar, sind sie jetzt in der atomaren Anordnung eines festen Körpers versteckt und werden dort direkt genutzt. Unsichtbare atomare Prozesse im Innern eines Atomkerns erzeugen qualitativ neue Effekte. Die elektronisch ablaufenden Funktionen sind in der Atomordnung unsichtbar im Kristallinnern versteckt und lassen sich durch „Außensignale“ (digitalisierte Programme) beliebig benutzen. Die elektronischen Funktionen in der Atomhülle eines Festkörpers lassen sich durch binäre Elemente (Bits), d. h. durch eine Aneinanderreihung von Einsen und Nullen in verschiedenen Kombinationen, die jeweils ein Symbol, einen in Informationseinheiten aufgelösten Wert darstellen, steuern.

2. Computer-Kommunikationssysteme

Die digitalisiert steuerbaren elektronischen Funktionen eines Halbleiters kommen im technischen Instrument des Computers zur gesellschaftlich wirksamen Entfaltung. Die elektronische Funktion macht es mit Hilfe des Computers möglich, Informationen in bisher unbekanntem Mengen und unbekannter Vollständigkeit zu speichern sowie Informationen in bisher unbekannter Geschwindigkeit und Vielschichtigkeit miteinander zu verknüpfen, um damit die Informationsqualität zu steigern. Computer sind „autonome Maschinen“, nicht für eine bestimmte Aufgabe oder Arbeit konstruiert, die sich für jeden Zweck und von jedem Nutzer programmieren lassen. Den Computer zu benutzen, ist eine Frage an „maschinisierbare“ Regeln und Gesetze, für abzubildende Gegenstände, Verfahren oder Systeme. Den digitalisierten Abbildungen der Wirklichkeit gehorcht der Computer. Aus den objektiven Bedienungsbedingungen der elektronischen Funktion erwächst die neue, dann gesellschaftlich wirksam werdende Qualität der Auswirkungen der mikroelektronik-unterstützten Informationstechnologien, wenn der *Trend zur Vernetzung und Verflechtung von Computer- und Nachrichtentechnik* fortschreitet. Neben längst vorhandene maschinengestützte Erzeugungs- und Transportsysteme wie Geldkreislauf, Versorgungssysteme (Wasser, Energie) und Verteilungssysteme für Güter durch Bahn und Auto tritt nun das Computer-Netzwerk bzw. das Informationsnetz. Rapide Fortschritte im Bereich der Informatik und Telekommunikations-Technologie während der letzten zehn Jahre haben zu deren Ver-

schmelzung geführt. Die Telematik¹⁸⁾ ist die Grundlage für grenzüberschreitenden Datenverkehr, d. h. für internationale Datenflüsse über transnationale Computer-Kommunikationssysteme. Zeit und Entfernung verlieren als Barrieren für den Zugang zu Computerdienstleistungen für die Verarbeitung, Speicherung und Wiederabrufung maschinenlesbarer Daten zunehmend an Bedeutung. Heute ist es schon soweit, daß manche Industrien praktisch ohne transnationale Computer-Kommunikationssysteme nicht mehr funktionieren. Die Prozesse, die zur Telematik und zum grenzüberschreitenden Datenverkehr führten, werden eine beschleunigte Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft fördern und zu tiefgreifenden Veränderungen, neuen Abhängigkeiten in allen Volkswirtschaften und Gesellschaften führen¹⁹⁾. Information ist zur Schlüsselressource geworden.

Fazit: Der Computer ist zentrale Voraussetzung dafür, daß die neue technologische Qualität der Mikroelektronik — die Nutzbarmachung der elektronischen Funktion — möglich ist. Die Vernetzung von Computern wiederum ist Vorbedingung dafür, daß durch die Digitalisierung bzw. informationsmäßige Auflösung bekannter, routinierter, bislang von Menschen oder Maschinen wahrgenommener Verfahren und Regeln in Betrieb, Büro und Alltag die neue Qualität der informationstechnisch ausgelösten gesellschaftlichen Auswirkungen zur Entfaltung kommt.

3. Zur Struktur der Informatisierungs-Prozesse

Der soziale Zusammenhang, in den die Computernetze in verschiedener Art eingebaut werden, öffnet die Perspektive, um nach den Konsequenzen der Informatisierung der Gesellschaft zu fragen.

Zunächst gilt festzuhalten: „Information“ wird mit Hilfe der sich ausdehnenden Computernetze zu einer immer wichtigeren Ressource wie Wasser, Energie, Arbeit und Kapital. Daß in diesem Zusammenhang, kritisch indentiert, von „Informatisierung“ gesprochen wird, ist darauf zurückzuführen, daß die Mikroelektronik ihre innere, formale Gesetzmä-

¹⁸⁾ Telematik = *Tele*kommunikation und *Informa*tik. Vgl. S. Nora/A. Minc, Die Informatisierung der Gesellschaft, Frankfurt/New York 1979.

¹⁹⁾ Vgl. K. Grewlich, Transnationale Informations- und Datenkommunikation, in: Außenpolitik, (1983) 1, S. 67—79. K. P. Sauvart, Grenzüberschreitender Datenverkehr. Die Grundlage der sich entwickelnden internationalen Informationswirtschaft, in: Europa-Archiv, (1983) 9, S. 261—272.

bigkeit den „äußeren“ gesellschaftlichen Vorgängen aufpressen muß, soll ihre Effektivität genutzt werden. Alles und jedes muß in Informationsmengen (in Bits) ausgedrückt werden, um zu einer computergerechten Austauschbarkeit, Schnelligkeit, Quantifizierbarkeit von ent-materialisierten, ent-individualisierten Datenmengen zu kommen. Dieser „Verdichtungseffekt“ ist technische Konsequenz der physikalischen Logik der elektronischen Funktion; die gesellschaftliche Konsequenz beginnt dort, wo Computernetze neben den Menschen bzw. anstelle des Menschen zur Unterstützung sozialer und technischer Prozesse (Kommunikationsvorgänge) eingesetzt werden bzw. eine Neuordnung des Zusammenspiels von Mensch und Organisation erzwingen.

Computernetze vermögen jeden vorhandenen Kommunikations-, Interaktions- und Arbeitsprozeß zu koordinieren, zu beschleunigen, zu erweitern und aufzulösen. In dem Zwang zur Unterordnung, zur Anpassung des Menschen, aber auch konventioneller (Kraft)Maschinen an den von der binären Logik diktierten Impuls der Computernetze liegt der spezifische Aspekt der politisch wirksam werdenden Konsequenzen: sowohl einer Auflösung kommunikativer Vorgänge als auch einer Automatisierung geistiger, bislang noch vom menschlichen Gehirn ausgeübten Tätigkeit.

a) Auflösung kommunikativer Vorgänge

Wie dargelegt, gehört es zur Funktionslogik des Computers, daß Informationen über einen zu bearbeitenden Vorgang sowie das Bearbeitungsschema (Programm) vorliegen müssen. Übertragen auf die Situation in Betrieb, Büro und Alltag erfordern die Funktionsbedingungen der Mikroelektronik die symbolisierte Abbildung von technisch-maschinellen bzw. bürokratischen Verfahren in Form von binären Informationen. Die Auflösung konkreter Wissensbestände in Datenmengen stellt quasi eine Metaebene, einen weiteren vermittelnden, aber die Entfremdung erhöhenden Faktor menschlicher Arbeit dar (Arbeit verstanden als Aneignung von Natur). Die „verdichtete“ Abbildung kommunikativer Vorgänge ist als Rationalisierungsvorgang zu werten²⁰. Damit besteht die Möglichkeit, zur (immateriellen) Reorganisation von Verfahren und

Handlungen zwischen sich an verschiedenen Orten befindlichen Partnern zu kommen. D. h., die effektive Bedienung der neuen Informationstechnik wird rationalisierend in alle organisierten Prozesse der Gesellschaft eingreifen, eine politisch bedeutsame Reorganisation erzwingen und damit eine weitere Stufe der gesellschaftlichen Rationalisierung einleiten.

b) Automatisierung geistiger Tätigkeit

Verbunden mit der datenorientierten Aufbrechung der bislang zentralen Identität von Situation, Handeln und Wissen (Wissen ist unter den Bedingungen des Computers zu einer industriell erzeugbaren und kommerzialisierbaren Ware geworden; vgl. Nutzungsbedingungen von Datenbanken) ist das wettbewerbsmäßige Eintreten menschlicher Informationsverarbeitung mit computerunterstützter Informationsverarbeitung. Die informationsmäßige Auflösung kommunikativer Vorgänge erfordert, daß maschinisierte und programmierte Regelungen solche Tätigkeiten aufheben bzw. verändern, die bislang vom menschlichen Gehirn wahrgenommen und gesteuert wurden. Der naturwissenschaftlich verengte Vergleich eines Wettlaufes zwischen „Gehirn und Computer“²¹) ist als Konsequenz der Informatisierung gesellschaftlicher Prozesse in der Literatur weit verbreitet und geeignet, die gesellschaftspolitische Potenz dieses Prozesses abschätzen zu können. Automation bezeichnet den gesellschaftlichen Prozeß fortschreitender Ersetzung menschlicher Tätigkeit durch Funktionen künstlicher Systeme²²). So gesehen gab es „Automation“ schon vor dem Computer, weil längst menschliche Tätigkeit durch Werkzeuge und Maschinen ersetzt wurden. Die symbolisierte Abbildung gesellschaftlicher Vorgänge in Form von Informationsprozessen macht — wie angedeutet — keinen Unterschied, ob es sich dabei um die Maschinisierung körperlicher oder geistiger Arbeit handelt. Der Informationsautomat „maschinisiert“ geistige Arbeit (einschließlich ihrer „manuellen“ Bestandteile wie Lesen und Schreiben). Der Computer ist — im Unterschied zur (Kraft)Maschine — nicht nur Informations„maschine“, sondern auch Universal„maschine“ und damit in dieser

²⁰) Zur Kritik an dem Prinzip, daß der Mensch nichts anderes als ein informationsverarbeitendes System sei, vgl. J. Weizenbaum, Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt 1977.

²²) So z. B. bei K. Haefner, Die neue Bildungskrise. Herausforderung der Informationstechnik an Bildung und Ausbildung, Basel 1982. W. Steinmüller, Computer in öffentlichen Verwaltungen, in: Leviathan, (1975) 4, S. 508—543.

²⁰) Einen anderen Aspekt der „Zerstörung der Kommunikation“ zeigte Steinbuch auf, wenn er auf die Möglichkeit der Manipulation von Informationsströmen hinweist, mit der der Informationsproduzent das Verhalten des Empfängers steuern kann. Vgl. K. Steinbuch, Maßlos informiert. Die Entzerrung unseres Denkens, München/Wien 1979.

Kombination etwas durchaus Neues in der Menschheitsgeschichte²³).

Ergebnis

Deutlich geworden sollte sein, daß sich mit dem durch die Computernetzwerke erzeugten allgemeinen Zwang zur Verdichtung kommunikativer (sowohl menschlicher als auch technischer) Prozesse eine fundamentale gesellschaftspolitische Herausforderung an zen-

trale, industriegesellschaftlich bedeutsame Identitätsstrukturen (Arbeit, Bildung) einstellen wird. Im Gegensatz zur historischen Phase der Maschinisierung der körperlichen Arbeit sind heute die Gesetzmäßigkeiten einer Informatisierung gesellschaftlich bedeutsamer Kommunikationsvorgänge im Grundsatz bekannt, aber doch, so meine ich, bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen bzw. demokratietheoretischen Konsequenzen keineswegs ausreichend in Form von politischen Anpassungsstrategien (Reformen) aufgearbeitet.

III. Gesellschaftlich wirksam werdende Konsequenzen der Informatisierung

Automation, rechnergestützter Entwurf/rechnergestützte Fertigung (CAD/CAM) und Robotik im industriellen Bereich, Übersetzungsautomaten, Sprechschreiber, Bürokommunikationssysteme im Bürobereich, die digitale Schallplatte, Videorecorder, Bildplatte, Heimcomputer im Bereich von Familie und Freizeit öffnen den Weg in die Informationsgesellschaft. Die elektronisch-technologischen Instrumente der Informatisierung revolutionieren den Prozeß der Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine und erzwingen eine Veränderung der Arbeitsorganisation mit Konsequenzen für die gesamte berufliche Qualifikationspyramide. Sie werfen die Frage auf, was der Mensch in einer von Computer-Kommunikationssystemen beherrschten Informationsgesellschaft eigentlich noch lernen soll und eröffnen gleichwohl die von interessierten gesellschaftlichen Kräften zu nutzende Möglichkeit einer breiteren Teilhabe am gesellschaftlich relevanten Wissen.

Dies gibt stichwortartig den Blick frei auf die Struktur der gesellschaftspolitischen Konsequenzen einer Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Industrieroboter wird die Arbeitsplätze von 400 000 un- und angelernten Arbeitern (Stand: 1978) in der Serienproduktion verändern und substituieren, ohne daß heute schon klar ist, ob und wo neue Arbeitsplätze für die Menschen am Sockel der Qualifikationspyramide entstehen werden²⁴. Auch der Fachar-

beiter — eine Säule der ehemaligen Industriegesellschaft — sieht, daß die „unbemannte Fabrik der Zukunft“ nicht erst am Ende des Jahrhunderts, sondern schon in fünf Jahren Wirklichkeit sein kann²⁵). Mechanisiert ist die Arbeitswelt seit über hundert Jahren, jetzt aber geht die Kontrolle über die mechanischen Arbeitsgeräte vom Menschen immer mehr weg hin zu den immateriellen Informationsprozessen des Computers. Ob es die computergesteuerte Werkzeugmaschine (CNC) ist oder das weitere Vordringen von CAD/CAM im Fertigungsbereich, die Verdrängung vorwiegend mechanischer Regelungs- und Steuerungssysteme durch wartungsfreie elektronische Bausteine — in der Bundesrepublik Deutschland (und natürlich nicht nur hier²⁶) verändert sich die konventionelle Berufsperspektive für Schlosser, Mechaniker und Elektriker (zusammen ca. zwei Millionen Beschäftigte) im Zuge der Informatisierung des Produktionsprozesses grundlegend²⁷). Das Vordringen von CAD/CAM-Systemen wird nach und nach systematisch Management und Organisation eines Industrieunternehmens hin zu einer computerisierten Fabrik verändern. Dafür sprechen die unglaublich rasche Zunahme (von 1979 bis 1982 stieg der Computerbestand in der Bundesrepublik von 184 791 auf 356 589)²⁸) und die Verbilligung der Computerleistung, gestützt auf eine geometrische Progression der Funktions- und Speicherkapazität der Mikroprozessoren.

²⁵) So A. Cane, *Manufacturing Automation. A revolution at the factory floor*, in: *Financial Times* vom 16. 7. 1982.

²⁶) Vgl. z. B. zur Situation in den USA den Beitrag von D. Chamot, *More Machines, Fewer People: A Trade Union View*, in: *Impact*, (1983) 1.

²⁷) Vgl. K. Haefner, a.a.O. (Anm. 22), S. 126f.

²⁸) Quelle: *Diebold Management Report*, lfd. Ausgaben.

²³) Vgl. W. Steinmüller, *Informationstechnologien und gesellschaftliche Macht. Zur Notwendigkeit einer informationspolitischen Gesamtkonzeption*, in: *WSI-Mitteilungen*, (1979) 8, S. 426—436.

²⁴) Vgl. M. Wolfsteiner, *Einfluß der Robotertechnik auf Beschäftigung und Tätigkeiten*, in: *IAB-Mitteilungen*, (1983) 2, S. 167—176.

Unweigerlich stellt sich die Frage, wie in gesamtgesellschaftlicher Sicht die Produktivkraft „Roboter“ zu bewerten sein wird. Sollen Roboter einen Gewerkschaftsbeitrag zahlen, weil die Gewerkschaften bald ohne Mitglieder dastehen? Roboter können keine Sozialpartner sein, obwohl sie einen Teil der materiellen Grundlagen sichern helfen²⁹⁾. Diese Problematik läßt sich auf den Bereich des Büros ausdehnen, denn die Suche nach Reserven zur Produktivitätssteigerung mit Hilfe des Computers macht vor den Türen der Verwaltung nicht Halt³⁰⁾.

Die Büroarbeit ist längst ins Visier der Betriebsorganisatoren und Datenverarbeiter gekommen. Mit Hilfe der zur modernen Bürotechnik verschmolzenen Computer- und Nachrichtentechnik soll das konventionelle Büro von heute in eine moderne Informationsfabrik verwandelt werden. 27 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten im Büro³¹⁾; sowohl beim Sachbearbeiter, der Sekretärin, ja selbst beim Experten sind (so Siemens) durch computerunterstützte Bürokommunikation 25 bis 35 Prozent an Arbeitszeit zu gewinnen. Das Büro der Zukunft braucht kein Papier mehr, die Büros kommunizieren automatisch untereinander und weltweit nahezu ohne den Menschen. Diese informationstechnologisch ausgelöste Entkopplung des Menschen von der herstellenden Maschine, die Verdrängung an die Peripherie seines verinnerlichten Selbstverständnisses von erwerbswirtschaftlicher Arbeit („Es wird halt immer langweiliger“³²⁾) hat weitreichende Konsequenzen für das, was die Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Industriegesellschaften mitgeprägt hat: a) die bislang systemstabilisierende Rolle der Gewerkschaften und b) der durch individuelle Leistungen erzielbare persönliche Erfolg.

1. Vermehrte Informationsteilhabe als Perspektive

Die Gewerkschaften werden angesichts der Entstehung computergesteuerter Fabriken

²⁹⁾ Die japanischen Gewerkschaften diskutieren ernsthaft, ob Roboter einen Gewerkschaftsbeitrag zahlen sollen. Vgl. P. Atteslander, Konturen künftiger Sozialpartnerschaft, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. 8. 1983.

³⁰⁾ Dies zeigt z. B. die Tagung des Münchner Kreises zum Thema Bürokommunikation von 1983. Vgl. auch Wirtschaftswoche, (1983) 14, mit Schwerpunkt: Bürotechnik.

³¹⁾ Vgl. L. Troll, Arbeitsplatz Büro. Beruf, Qualifikation und Arbeitsplatzsituation im Wandel, in: IAB-Mitteilungen, (1982) 4, S. 480—496.

³²⁾ Überschrift eines Aufsatzes zum Thema vollautomatische Fabrik, in: Merkur, (1982) 7.

kaum noch im konventionellen Sinne die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen können, weil es nicht mehr nur um eine möglichst gerechte Verteilung materieller Güter, sondern um die Verteilung und Teilhabe an immateriellen Gütern (nämlich Informationen) geht³³⁾.

Aber gerade der Prozeß der informationsmäßigen Auflösung historisch gewachsener und hierarchisch geformter Informations- und Kommunikationswege z. B. im Bereich der industriellen Produktion (Betrieb und Büro) bietet für ein neues Rollen- und Systemverständnis der Gewerkschaften einen zentralen strategischen Ansatz, ihre Forderungen nach umfassenderer gewerkschaftlicher Mitbestimmung auf eine neue, vielleicht erfolversprechendere Grundlage zu stellen.

Die effektive betriebliche Einführung der qualitativ neuen Möglichkeiten der Informationstechnik wird — bei dem Willen zur konsequenten Nutzung — nicht an einer grundsätzlichen Reorganisation des betrieblichen Informationsablaufes vorbeikommen. Der technologisch diktierte Zwang einer computerzentrierten Neustrukturierung aller betrieblichen Subsysteme wird sozial zu nutzende Effekte zeigen, die in dem hier interessierenden Zusammenhang auf real sich ergebende neue Möglichkeiten einer erweiterten Informationsteilhabe schließen lassen:

Der Trend in Richtung auf einen gemeinsamen innerbetrieblichen Informationspool (Computer als zentrale Steuerungsinstanz) ist Folge der Auflösung bisheriger Informations- und Kommunikationsformen. Eine zunehmende Interaktion zwischen unterschiedlichen Betriebseinheiten in neu organisierte innerbetriebliche Ablaufstrukturen ist zu erwarten. Das Personal, ob aus dem Bereich des Büros, der Konstruktion, der Arbeitsvorbereitung, der Produktion oder den Forschungsabteilungen, kann und wird zunehmend den Vorteil eines schnelleren, umfassenderen Informationszugriffs nutzen, um — mit der Hilfe der neuen, zentral eingerichteten Informationstechnik — einen verbesserten Beitrag zur gesamtbetrieblichen Zielsetzung leisten zu können. Diese Entwicklung wird zur Folge haben, daß Unternehmen, die weniger an Abteilungsgrenzen orientiert sind und einen fla-

³³⁾ Da Computer Informationen auf höherer Komplexitätsstufe verarbeiten können, somit einen Zuwachs an Informationsqualität sichern, kann der Besitzer von Informationssystemen mit einem unmittelbaren Machtzuwachs rechnen. Diese These vertritt G. E. Hoffmann, Computer, Macht und Menschenwürde, München/Zürich 1976.

cheren hierarchischen Aufbau haben, eher geeignet sind, integrierend wirkende Computersysteme effektiver zu nutzen, als herkömmliche, auf Informationskanalisierung bzw. -abschottung aufbauende, stark hierarchisch gegliederte Betriebsstrukturen³⁴⁾. Der Zwang zur Reorganisation industriegesellschaftlich orientierter Informationsverteilungs- und -zugangsbedingungen wird — sollen die Computernetze in Betrieb, Büro und Alltag effektiv zum Einsatz kommen — gewachsene hierarchische Strukturen, demokratisch nicht legitimierte Machtpositionen durchaus zunächst einmal in Frage stellen.

Die Annäherung bzw. Nivellierung gewachsener hierarchischer Strukturen, das Zusammenrücken bislang getrennter sozialer Schichten und Gruppen wird als gesellschaftspolitische Konsequenz einer ernstgemeinten Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft — aus politischer Sicht auch als ein qualitativ neues partizipatorisches Element der Informationsgesellschaft — zu beurteilen sein.

2. Legitimationsprobleme der Informationstechnik

Die Prinzipien der Leistungsgesellschaft und die darauf aufbauenden Werte und Motivationen geraten mit dem Fortschritt der Informatisierung in eine Krise und legen die politisch wirksam werdenden Grundlinien der neuen Herausforderungen offen. Betroffen von der Informatisierung sind Werte, Tugenden und Normen der Industriegesellschaft von heute. Pünktlichkeit, Disziplin, Gehorsam sowie Fleiß und Arbeitshaltung verlieren in einer informatisierten Welt an Bedeutung. Die dingliche Erfahrung geht verloren, je stärker die Automatisierung, die Zergliederung der Arbeit zwischen Mensch und Computer vorschreitet und je besser der Informationszugang organisiert ist. „Eine radikal mit Informationstechnik ausgestattete Welt wird sich derart drastisch von der ‚dummen‘ Welt von gestern unterscheiden, daß viele die Frage aufwerfen werden, welche Bedeutung unser *kulturelles Erbe* für diese neue Welt überhaupt hat.“³⁵⁾ Die kulturelle Identität mit dem

industriegesellschaftlich geprägten Zivilisationsverständnis von heute wird sich mit dem Grad der technisch verfügbaren Informiertheit über die Welt wandeln. Probleme der Identitätsbildung, zumal im Zeichen eines durch die Dynamik der Informationstechnik ausgelösten raschen Wandels unserer informationellen Umwelt, galten schon immer als Kristallisationspunkte für wachsende Unsicherheit, schwindende Motivation, für ein Nachlassen des Vertrauens in die „Richtigkeit“ der Politik. Die Legitimationsprobleme des politischen Handelns werden sich gerade im Übergang zur Informationsgesellschaft noch verstärken. Die Frage wird in den Vordergrund rücken, inwieweit die „Arbeitsteilung“ zwischen Mensch und Computer zugunsten einer Entlastung des Menschen — bis hin zur totalen Entlassung — gesellschaftspolitisch sinnvoll ist bzw. durch eine *laissez-faire*-Politik laufen gelassen werden kann. Die Risiken eines wachsenden Legitimationsentzuges für ein nicht handelndes politisch-administratives System werden in dem nachstehenden Profil einer informationstechnisch erzeugten und sich aufbauenden Krisenstruktur sichtbar:

Drohende Fehlqualifikation (in Form von Überqualifikation), weil „falsche“ Bildungsangebote nicht mit dem Tempo billiger und schnellerer informationstechnischer Systeme Schritt halten können.

„Big-brother-is-watching-you“-Gesellschaft, weil das Risiko der elektronischen Überwachung des Menschen ein Schatten der neuen informationstechnologischen Möglichkeiten ist und Datenschutz logisch eigentlich nur hinter den vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der Mikroelektronik herlaufen kann.

Verlust des kulturellen Erbes, weil dieses Wissen nicht mehr zur Bewältigung von Alltagsproblemen im Gehirn des Individuums als vorhandenes „Verfügungs-Wissen“ verfügbar sein muß, sondern als gespeicherte Information jederzeit abgerufen werden kann.

Wachsende Abhängigkeit von der transnationalen Informations- und Datenkommunikation, weil die Staaten der europäischen Gemeinschaft (und da besonders die Bundesrepublik Deutschland) einen noch wachsenden Nachholbedarf gegenüber den USA auf dem Gebiet der Datenbanken haben (USA = OPEC of information) und es keine internationale Informations- und Kommunikationsordnung gibt.

Zusammenbruch des materialistisch orientierten Wertesystems, weil der einzelne sein

³⁴⁾ Vgl. dazu R. v. Gizycki, Integriert die Mikroelektronik Europa? Die Kooperationen müssen gefördert werden, in: Blick durch die Wirtschaft, (1983) 173, S. 3. Zum Organisationspotential der Mikroelektronik vgl. E. Staudt/N. Schepanski, Innovation, Qualifikation und Organisationsentwicklung: Die Folgen der Mikrocomputertechnik für Ausbildung und Personalwirtschaft, in: Bericht Nr. 20 des Instituts für angewandte Innovationsforschung der Universität Duisburg.

³⁵⁾ K. Haefner, a. a. O. (Anm. 22), S. 199.

geistiges Leistungspotential immer weniger individuellen Nutzen bringend einsetzen kann, da für eine breite Verwendung menschlicher Informationsverarbeitungsleistung keine motivierende, die soziale Differenzierung und das eigene Selbstwertgefühl fördernde Nachfrage mehr besteht.

Diese Struktur der informationstechnisch erzeugten neuen Herausforderungen bildet sich in einer Phase des Umbruchs der technischen Zivilisation, in der postmaterialistisch orientierte Anforderungen an die politische Steuerung des Übergangs in eine Informationsgesellschaft gestellt werden.

IV. Verstärkt die Informatisierung postmaterialistische Trends?

Die gesellschaftspolitisch-orientierten Bewertungen einer Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich in folgenden Standpunkten zusammenfassen:

Die *pessimistisch-technikkritische* Einschätzung einer Computerisierung von Betrieb, Büro und sozialem Alltag rückt folgende Stichworte in den Vordergrund: gläserner Mensch, Überwachungsstaat, die programmierte Computer-(Software)Wirklichkeit wird unsere Wirklichkeit, „Maschinisierung“ der Wissensvermittlung, Unterwerfung der emotionalen Seins-Komponente des Menschen unter die Maschinen-Regeln des Computers³⁶⁾; „es entsteht der ‚automatisierte Mensch‘, der seine Weisungen vom System erhält und sich in all seinen Lebensrollen ein Abweichen vom System, von der normierten Kunstwelt überhaupt nicht vorstellen kann“³⁷⁾. Anhänger dieser technikkritischen Wertung der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung haben beim Bundesverfassungsgericht gegen das Volkszählungsgesetz geklagt; sie sehen in der Einführung des maschinenlesbaren und speicherbaren Personalausweises die pessimistische Zukunftsutopie von Orwell („1984“) vor der Verwirklichung. Der französische Soziologe Alain Touraine kann als tongebender Theoretiker angesehen werden. Er spricht von „programmierter Gesellschaft“, in der dem Wissen die gesellschaftsbestimmende Rolle zukommt, wobei aber fehlende Teilhabe an diesem gesellschaftlich relevanten Wissen einen neuen Grad der Entfremdung einleitet³⁸⁾. Die Identität einer pessimistischen Wertung der künftigen Compu-

tergesellschaft mit den Argumenten der allgemeinen Industrialismuskritik ist gegeben; sie findet gerade in der Existenz der neuen sozialen Bewegung ihre eigentliche Basis und ihren argumentativen Schwung.

Die *optimistisch-utopische* Interpretation einer wechselseitigen Beeinflussung von Computer und Gesellschaft leugnet nicht die pessimistisch angelegten Risiken der technikkritischen Bewertungsvariante, deutet diese aber als Übergangsprobleme, denn „die ‚informatisierte‘ Welt wird im nächsten Jahrzehnt nicht ärmer an Aufgaben und Herausforderungen werden, sondern komplexe Arbeit vom Menschen fordern, eben weil die einfachen Aufgaben menschlicher Informationsverarbeitung entfallen“³⁹⁾. Zentrales Stichwort ist hier die Homuter-Gesellschaft (aus Homo und Computer), in der ein zunehmender Anteil der heutigen Informationsverarbeitung aus menschlichen Gehirnen an technische Systeme übergeht, wodurch der Mensch von dieser Arbeit befreit und zu neuen Tätigkeiten angeregt wird. Diese positive Utopie geht davon aus, daß es in einer solchen Zukunftsgesellschaft tatsächlich zu einer breiteren Teilhabe am gesellschaftlich bedeutsamen Wissen kommt, das gespeichert und abrufbereit vorliegt. Die heute vorherrschenden Selektions- und Ausgrenzungsmechanismen an der Teilhabe am Informationsaufkommen wären dann nicht mehr haltbar. Die Chance zur individuellen Profilierung durch Informationsvorsprung könnte es in einer solchen demokratischen Informationsgesellschaft nicht mehr geben. Der Weg in eine *Informationsdemokratie*, in der alle gleichberechtigt an interessierende Informationen herankommen, würde menschliche Denkreisourcen freimachen zur Pflege und zum Wiedererlernen humanistischer Tugenden. Diese optimistische Utopie einer erstrebenswerten Form des menschlichen Zusammenlebens böte die Chance, die Gesellschaft von den Bedürfnis-

³⁶⁾ Vgl. dazu, wenn auch aus einer anderen Perspektive, A. Bammé u. a., Maschinen-Menschen, Mensch-Maschinen. Grundrisse einer sozialen Beziehung, Reinbek 1983.

³⁷⁾ Vgl. z. B. N. R. Müllert, Das Räderwerk des technischen Fortschritts — Endstation: Menschen wie Computer?, in: ders. (Hrsg.), Schöne elektronische Welt. Reihe Technologie und Politik, (1983) 19, S. 42—60.

³⁸⁾ A. Touraine, Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1982.

³⁹⁾ Vgl. K. Haefner, a. a. O. (Anm. 22), S. 186.

sen der Menschen her aufzubauen. Dem einzelnen könnte durch Informatisierung von Gesellschaft und Wirtschaft die Chance zu mehr Transparenz und Einwirkungsmöglichkeiten auch in seinem unmittelbaren Lebensbereich gegeben werden.

Diese Utopie liefert noch keinen konkreten Handlungsansatz, aber sie ist eine politische Perspektive, in der „Menschlichkeit im Sinne unserer humanistischen Tradition einerseits und konsequente Informatisierung andererseits in einer Gesellschaftsordnung miteinander vereinigt werden“⁴⁰⁾.

Die *handlungsorientierte* Interpretation einer durch Computernetzwerke geprägten weiteren gesellschaftlichen Entwicklung leugnet nicht die Risiken einer umfassenden Informatisierung, begrüßt jedoch die Formulierung von positiven Zukunftsutopien und versucht, die erkennbare Handlungslücke zwischen massiver technologisch-wirtschaftlicher Förderung der Basisinnovation Mikroelektronik und einer *nicht existenten*, die Einführung der neuen Informationstechnik begleitenden Gesellschaftspolitik durch die Suche nach technologisch-sozialen Handlungskonzepten zu schließen⁴¹⁾. Hier steht die Überzeugung im Vordergrund, daß der rasante Zusammenprall zwischen dynamischer Technikentwicklung und Gesellschaft am ehesten positiv für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen ist, wenn es simultan in gleicher Anstrengung auch gesellschaftspolitisch ansetzende Überlegungen gibt, wie durch politische Steuerung der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft erreicht werden kann⁴²⁾.

Gesellschaftspolitische Reform als Auffangstrategie der durch die Informatisierung sich auflösenden Identitäts- und Motivationsstrukturen, um vor dem Hintergrund bitterer historischer Erfahrung aus dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft möglichst vorbeugend absehbare Friktionen politisch zu beugen.

Eine vierte Wertung der möglichen gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Infor-

⁴⁰⁾ Ebd., S. 152.

⁴¹⁾ Deutsch spricht von der Notwendigkeit zur Formulierung „technologisch-sozialer Reformkombinationen“ im Gegensatz zu technokratischen Lösungen. Vgl. K. W. Deutsch, Soziale und politische Aspekte der Informationsgesellschaft, in: P. Sonntag (Hrsg.), Die Zukunft der Informationsgesellschaft, Frankfurt 1983, S. 68—88.

⁴²⁾ Vgl. dazu auch grundsätzlich die Ergebnisse des FAST-Teams der EG-Kommission zum Thema: Informationsgesellschaft, in: The FAST-Programm. Results and recommendations, Vol. 1, Brüssel, Sept. 1982 (FAST = Forecasting and Assessment in the Field of Science and Technology).

matisierung läßt sich als *realistische* Auffassung der weiteren Entwicklung interpretieren. Auch hier werden die Risiken einer informationsmäßigen Auflösung kommunikativ-sozialer Prozesse gesehen, die Notwendigkeit einer positiven Utopie anerkannt, aber der Glaube daran, daß die Führungseliten in Wirtschaft und Gesellschaft ohne weiteres bereit wären, eine breitere gesellschaftliche Nutzung der neuen Informationstechnik durch soziale Reformen zu unterstützen, erscheint wenig wahrscheinlich. Eher wird auf die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien verzichtet, wie das Beispiel der kleinen und mittleren Unternehmen zeigt: Die Einführung neuer Technologien bricht die bisherige Organisationsstruktur auf. Gerade weil häufig noch Familienunternehmen mit durchaus stark hierarchisierten Entscheidungsstrukturen anzutreffen sind, verlangt der Einsatz neuerer Technologien eine stärkere Delegation und dürfte so für einen großen Teil der mittelständischen Unternehmen gravierende Konsequenzen haben, da sie die ihnen nachgelagerte Hierarchieebene stärker und aktiver am Entscheidungsprozeß beteiligen müssen, als sie es bisher getan haben⁴³⁾.

Die „realistische“ Position hält die gegenwärtige Laisser-faire-Politik bezüglich einer kompensatorisch-reformerischen Begleitung des informations-technologisch ausgelösten sozialen Wandels für einen Ausdruck der Herrschaftsinteressen, die die sich abzeichnende Polarisierung der Gesellschaft in Informationsarme und Informationsreiche zum Anlaß einer Restauration feudaler Strukturen nehmen könnte. Sie geht des weiteren von einer zunehmenden Auflösung der in sich geschlossenen Industriegesellschaft zu einer „polymorphen Informationsgesellschaft“⁴⁴⁾ aus. Es werden sich nicht mehr zwei Klassen im Konflikt gegenüberstehen, die aufgrund ihrer Stellung im Industrie-prozeß strukturiert sind, sondern unzählige mobile Gruppen, die auf eine Segmentierung und „Pluralisierung der Lebenswelten“ hinweisen und durch unterschiedliche privilegierte Informationszugangskanäle charakterisiert sind.

Allen vier Standpunkten ist eine gewisse Plausibilität eigen, auch wenn es kaum *systematisch erarbeitete* Kenntnisse über die wechselseitige Beeinflussung von technologischem und sozialem Wandel gibt.

⁴³⁾ Vgl. D. Bullinger, Klein und dezentral? Zentralisierungs- und Dezentralisierungswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, in: Die Neue Gesellschaft, (1983) 8, S. 709—717.

⁴⁴⁾ Vgl. S. Nora/A. Minc, a.a.O. (Anm. 18), S. 119.

Die hervorgehobene Bedeutung des pessimistisch-technikkritischen Ansatzes liegt aber darin, daß er auf eine schon gesellschaftlich verankerte Basis (neue soziale Bewegung) aufbaut und ein programmatisches („Lebensweise“) und politisches Konzept (direkte politische Teilhabe) hat. Den intellektuellen Trägern und Meinungsführern dieser Bewegung wird es gelingen, die an sich schon wachsende Attraktivität einer auf postmaterialistischen Werten aufbauenden Ideologie auch für jene breiten Bevölkerungskreise zu öffnen, die bislang als „Noch-nicht-Aussteiger“ im Umbruch zur Informationsgesellschaft von den Konsequenzen der Informatisierung ge-

troffen und allein gelassen werden. Die Nicht-Existenz einer gesellschaftspolitischen Anpassungs- bzw. Auffangstrategie kann zum eigentlichen Auslöser einer wachsenden Erosion industriegesellschaftlich-orientierter Einstellungen werden. Dies gilt besonders für den — wahrscheinlichen — Fall, daß die konventionellen Politikformulierungsstrukturen zwar die Entwicklung und Einführung der Mikroelektronik fördern, aber zunächst nicht fähig sind, auch in gleicher Weise die durch die Informatisierung ausgelöste neue Qualität der politischen Herausforderung als solche zu erkennen und in einen handlungsorientierten Reformrahmen einzubringen.

V. Gesamtergebnis

1. Es ist nicht zwingend, daß die Informationsgesellschaft auch eine offenere, demokratischere Gesellschaft wird, in der gemäß den besseren technischen Informationsverarbeitungsmöglichkeiten auch eine neue Qualität der politischen und wirtschaftlichen (Informations-) Partizipation eintreten wird. Es ist damit zu rechnen, daß die technikkritische Position paradoxerweise an Glaubwürdigkeit und Zulauf dann gewinnen wird, wenn es ihr gelingt, ihr schon vorhandenes alternatives Gesellschaftskonzept mit den gesellschaftlich sich anbietenden und politisch zu gestaltenden Folgewirkungen der Informatisierung zu kombinieren.

2. Die Industrialismuskritik ist Geburtsstätte einer sich konstituierenden neuen sozialen Bewegung, die in klarer Abgrenzung von den auf die industriegesellschaftlichen Bedingungen abgestellten Forderungen der Gewerkschaften nach politischem Einfluß sucht. Der Übergang zur Informationsgesellschaft könnte eine historische Phase werden, in der die Gewerkschaften (für Betrieb und Büro) und neue soziale Bewegungen (für den gesell-

schaftlichen Alltag) in einem strategisch gleichgerichteten Sinne aktiv werden. Beide sind interessiert, den Tendenzen hin zu einer Hierarchisierung und informationsmäßigen Abschottung einzelner je für sich privilegierter Informationszugangskreise die Forderung nach einer informationstechnisch möglich werdenden breiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Informationsteilhabe entgegenzustellen.

3. Die Informationsgesellschaft könnte eine neue Form der Sozialpartnerschaft erzwingen, nämlich den stetigen, gegensätzliche Interessenlagen ausbalancierenden Dialog zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und Öffentlichkeit. Für alle gilt, Informationen — und damit Wissen — über tatsächliche, vorausschaubare Entwicklungen und Aktivitäten des jeweiligen anderen Partners frühzeitig zu bekommen, um den mit der Informatisierung sich einleitenden Erosionsprozeß politisch-legitimatorischer Wertestrukturen — der letztlich zum Schaden aller führt — noch zu verhindern.

Sozialwissenschaftliche Politik-Beratung

Probleme und Perspektiven

„Politologen denken gelegentlich wie befriedigend es sein müßte, über Politik nicht nur zu rasonieren, sondern an den Schalthebeln der Macht zu sitzen. Die meisten, die dort unterhalb der Spitzenebene sitzen, beneiden eher die Wissenschaftler, die ohne die ‚Vordringlichkeit des Befristeten‘ denken dürfen und gleichwohl noch via Politikberatung gelegentlich einiges anstoßen können.“

Klaus v. Beyme, 1984

I. Sozialwissenschaften und Politik

Im Verhältnis von Sozialwissenschaften, speziell Politikwissenschaft und praktischer Politik, ist in jüngster Zeit wieder einiges in Bewegung geraten. Die gegenwärtigen Strukturprobleme, z. B. in der Arbeitsmarkt-, der Umwelt- und der Freizeitpolitik, zeigen, daß die traditionellen staatlichen Steuerungsmechanismen nicht mehr hinreichend funktionieren. Bedingt durch diese Entwicklung ist die Nachfrage nach neuen Lösungsmöglichkeiten und Entscheidungshilfen nicht nur im staatlich-administrativen Bereich, sondern auch in Parteien, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften und anderen Verbänden deutlich gewachsen. Leitende Mitarbeiter in staatlichen Institutionen und politischen Organisationen richten deshalb ihr Interesse vermehrt auf sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse, um konkrete Hilfestellungen für das eigene politische Handeln zu erhalten. Gerade in diesem Zusammenhang gewinnt natürlich die Diskussion über Probleme und Funktionen von sozialwissenschaftlicher Politikberatung erneut an aktueller Bedeutung.

Eigentlich ist das planmäßige Einbeziehen von Informationen seit jeher ein Instrument der Politikgestaltung. „Von Leibniz bis Bentham und Saint-Simon, haben große Geister ihren Rat den unterschiedlichen Regimen zwischen Paris und Petersburg angedient.“¹⁾ In der Bundesrepublik begann Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre ein Boom der sozialwissenschaftlichen Politikberatung. In jenen Jahren der politischen Planungs-

euphorie waren vor allem sozialwissenschaftliche Modelle gefragt, die zur Entstehung und Entwicklung staatlicher Innovationsprogramme (Reformpolitik) beitragen könnten²⁾. Heute sind die Anforderungen der politischen Handlungsträger an die Politikberater konkreter: Gefragt sind vor allem „praxisrelevante“, quantitativ-empirische Forschungsergebnisse, die die Wirkungen und die Folgen von materieller Politik ermitteln und damit zur Klärung und zur Verbesserung von staatlicher Problemverarbeitung beitragen.

In der internationalen Politikwissenschaft lassen sich derartige Untersuchungsansätze unter dem Begriff „Policy Studien“ zusammenfassen. Im deutschen Sprachraum bezeichnet man sie in der Regel als Politikfeld- oder Politikbereichsanalysen, deren Hauptgegenstand in der Erforschung von sogenannten Bindestrichpolitiken besteht, wie etwa der Beschäftigungs-, der Arbeits- und der Entwicklungspolitik³⁾.

Nun hat sich aber gerade die Policyforschung mit ihren unterschiedlichen Dimensionen und Konzepten innerhalb der politikwissenschaftlichen Disziplin zu einem völlig unübersichtlichen Feld entwickelt⁴⁾, das erst recht

²⁾ W. Hesse, Reformpolitik und Sozialwissenschaften, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/77, S. 15ff.

³⁾ Vgl. dazu H. H. Hartwich (Hrsg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen 1983.

⁴⁾ Vgl. W. Jann, *Policy Forschung. Ein sinnvoller Schwerpunkt der Politikwissenschaft?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47/83, S. 28f., sowie A. Windhoff-Heriter, „Policy“ and „politics“ — Wege und Irrwege einer politik-wissenschaftlichen Policy Theorie, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (1983) 4, S. 350.

¹⁾ K. von Beyme, *Politische Kybernetik? Politik und wissenschaftliche Informationen der Politiker in modernen Industriegesellschaften*, in: *Journal für Sozialforschung*, (1984) 1, S. 7.

für die politischen Handlungsträger nicht mehr zu durchschauen ist. Gleichwohl betonen die beteiligten Policyforscher, daß sie durch ihre eigene Tätigkeit zur Praxisorientierung der Disziplin und damit zur „beratungswissenschaftlichen Wende“ beitragen wollen. Dieser zugegebenermaßen gute Wille der Forscher ist allerdings bei der Mehrzahl der Praktiker noch nicht hinreichend wahrgenommen worden. Auch gegenwärtig beklagen die in politisch verantwortlichen Positionen Tätigen die Umsetzungsprobleme sozialwissenschaftlich orientierter Forschung in praxisrelevante politische Entscheidungen. Generell läßt sich sagen, daß die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Beratung in den letzten Jahren relativ häufig an den Erwartungen der politischen Entscheidungsträger vorbeiliefen. Entsprechend formulierten in jüngster Zeit einige Praktiker, daß sich die Politikberatung gegenwärtig in der Krise befinde⁵⁾, die Verwaltung wissenschaftlicher Beratung überdrüssig sei⁶⁾, die gegenseitige Enttäuschung und beiderseitige Frustration in der Politikberatung bei uns zwar noch nicht ganz so groß sei wie in den USA, aber die Hoffnungen und Erwartungen doch deutlich nüchterner geworden seien⁷⁾, und daß die Frage mittlerweile erlaubt sein müsse, ob es nicht an der Zeit sei, einen „Verbraucherschutz“ in bezug auf die Nutzung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse einzuführen⁸⁾.

Das Ziel dieses Beitrags besteht darin, eine aktuelle Zwischenbilanz der sozialwissenschaftlichen Beratung für den politisch-admini-

nistrativen Bereich auf Bundesebene zu liefern. Sozialwissenschaftliche Politikberatung für Parteien und Verbände wird dabei bewußt ausgeklammert, da erstens viele im folgenden genannten Einzelaspekte der Politikberatung aus konkreten Erfahrungen des Verfassers als Berater im politisch-administrativen Bereich resultieren und von daher gesehen werden mit den Augen eines politisch Beteiligten und zugleich Betroffenen sowie für die Öffentlichkeit der Politik parteinehmenden Sozialforschers. Zweitens unterscheiden sich aber auch die Organisationsformen und -funktionen sowie die Beraterkreise von politischen Parteien und Verbänden teilweise grundlegend von denen im politisch-administrativen Bereich.

Insgesamt gesehen soll der gegenwärtige Stand des klassischen Widerspruchs zwischen den Erwartungen an Politikberatung seitens der Rezipienten und den tatsächlichen Möglichkeiten von Beratungstätigkeit auf seiten der Produzenten aufgezeigt und damit zugleich etwas mehr Licht in den immer noch undurchsichtigen „Dschungel“ sozialwissenschaftlicher Politikberatung im administrativen Bereich gebracht werden. Wie hat sich die Politikberatung in den vergangenen Jahren entwickelt? Wer sind die Berater? Wie wird Politikberatung verwendet? Welche Probleme ergeben sich durch eine Beratertätigkeit für Wissenschaftler und Praktiker? Läßt sich aus der professionellen Politikberatung eine neue Berufsrolle für Sozialwissenschaftler schaffen?

II. Entwicklungstendenzen in der sozialwissenschaftlichen Beratung

Der politisch-administrative Bereich und der Wissenschaftsbereich waren bereits in den fünfziger Jahren eng miteinander verflochten. Während wissenschaftliche Politikberatung damals vor allem durch Juristen geleistet wurde, wie beispielsweise der Gutachterstreit

vor dem Bundesverfassungsgericht über den deutschen Beitrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Mitte der fünfziger Jahre zeigte, entstand nach der Etablierung der Politikwissenschaft und der Verwaltungswissenschaft seit etwa Mitte der sechziger Jahre ein Boom an sozialwissenschaftlicher Beratung⁹⁾.

⁵⁾ M. Güllner, *Forschung und Politik. Die Krise der Politikberatung der SPD und ihre Überwindung*, unveröffentlichtes Manuskript (Statistisches Amt der Stadt Köln), 1982, S. 3.

⁶⁾ E. H. Ritter, *Perspektiven für die wissenschaftliche Politikberatung?*, in: J. J. Hesse (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft*, Opladen 1982, S. 459.

⁷⁾ K. Furmaniak u. a., *Wahlforschung, Demoskopie und Politikberatung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1975) 4, S. 566.

⁸⁾ H. Riesenhuber, *Die Erwartungen der Politik an die Sozialwissenschaften*, in: *WZB-Mitteilungen* (1983) (Sonderheft), S. 8.

⁹⁾ Vgl. dazu K. Lompe, *Wissenschaftliche Beratung der Politik*, Göttingen 1966; U. Lohmar, *Wissenschaftsförderung und Politische Beratung*, Gütersloh 1967; H. Friedrich, *Staatliche Verwaltung und Wissenschaft*, Frankfurt 1970; J. Krüger, *Wissenschaftliche Beratung und sozialpolitische Praxis*, Stuttgart 1975; B. Badura (Hrsg.), *Seminar: Angewandte Sozialforschung*, Frankfurt 1976; K. von Beyme, *Sozialwissenschaften und Politikberatung*, in: A. Flitner / U. Hermann (Hrsg.), *Universität heute*, München 1977.

Verlaufshistorisch läßt sich die wachsende Nachfrage an sozialwissenschaftlicher Politikberatung in vier Phasen beschreiben:

1. Die *vorplanerische* Phase von 1961 bis 1965, die gekennzeichnet war durch eine Verschärfung der ökonomischen und der (daraus resultierten) inneren Führungsprobleme in der Bundesregierung und der Bundesverwaltung¹⁰⁾.

Der Abbau der durchschnittlichen Wachstumsraten und die sinkende Investitionsbereitschaft zwischen 1960 und 1966 führte die Bundesrepublik in jenen Jahren schrittweise in eine Steuerungskrise. Parallel zu dieser ökonomischen Krise wurde die innenpolitische Stabilität durch das Wahlergebnis von 1961 relativ stark tangiert: Die dominierende Stellung der CDU war erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg deutlich geschwächt. Neben dieser ökonomischen und politischen Entwicklung kamen innerhalb der Bundesverwaltung gewisse Desintegrationstendenzen auf, die darin mündeten, daß die einzelnen Fachressorts eine Eigendynamik im politischen Handeln entwickelten, die sich nicht mehr hinreichend koordinieren ließ.

Schon 1961 plädierten führende Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für eine effiziente Wirtschaftsplanung in der Bundesrepublik. Folge dieser Initiativen war die Beschlußfassung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Gutachtung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung vom 13. August 1963. In den Jahren bis 1965 waren allerdings noch vornehmlich Wirtschaftswissenschaftler und Juristen politikberatend tätig. Dies änderte sich freilich durch die Regierungsbeteiligung der SPD seit 1966.

2. Die Phase *mittelfristiger Planung* von 1966 bis 1969, in der sich die planerische Struktur im politisch-administrativen System auf breiter Front durchsetzen konnte und neben Wirtschaftswissenschaftlern verstärkt auch sozialwissenschaftlich ausgebildetes Personal sowie sozialwissenschaftlich-technische Methoden gefragt waren¹¹⁾.

Die erhöhte Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Beratung in jenen Jahren ist vor allem dadurch zu erklären, daß einzelne planungseuphorische Sozialdemokraten, die durch den Regierungswechsel zu entscheidenden Macht- und Einflußpositionen der

Verwaltung kamen, von sozialwissenschaftlicher Politikberatung kritische Anregungen erwarteten, um als Regierungspartei den Modernisierungs- und Reformprozeß innerhalb der Gesellschaft zügig voranzutreiben.

In diesem Zeitraum wurden u. a. unter Beratung von Sozialwissenschaftlern der „Gesamtwirtschaftliche Rahmenplan“, die „Mittelfristige Finanzplanung“, das verkehrspolitische Programm der Bundesregierung 1968—1972 („Leber-Plan“), Pläne im Bereich der Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitspolitik, das Umweltprogramm und das Bundesraumordnungsprogramm, Landesentwicklungsprogramme, Regionalplanungen und Stadtentwicklungsprogramme erstellt¹²⁾.

3. Die Phase *langfristiger Aufgabenplanung* von 1969 bis 1974, in der Sozialwissenschaftler in enger Kooperation mit politischen Planern standen, wie z. B. in der interministeriellen Projektgruppe für Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesministerium des Inneren¹³⁾, in der Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, aber auch in der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes¹⁴⁾.

Das erklärte Ziel dieser langfristigen Aufgabenplanung bestand darin, über die Verwissenschaftlichung der Politik eine Steigerung der politisch-administrativen Rationalität im Entscheidungs- und Handlungsprozeß zu erzielen. Entsprechend beschäftigten sich gerade die Politikwissenschaftler in jenen Jahren schwerpunktmäßig mit verschiedenen Konzepten der politischen Planung¹⁵⁾.

Diese Planungsphase erreichte jedoch mit der Finanzkrise des Staates, den Energiepreiserhöhungen, der wirtschaftlichen Rezession und der Übergabe der Kanzlerschaft von Willy Brandt an Helmut Schmidt ihr baldiges Ende.

¹²⁾ Vgl. D. Rucht, Planung und Partizipation, München 1982, S. 74.

¹³⁾ H. Schatz, Funktionsbedingungen und Konfliktsituationen verwaltungswissenschaftlicher Forschung und Beratung, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt 1977.

¹⁴⁾ Vgl. dazu H. Flohr, Die Tätigkeit der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, in: Politische Vierteljahresschrift (1974) (Sonderheft), S. 54 ff.; P. Grotian, Bundeskanzleramt, in: K. Sontheimer/H. Röhring (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S. 21 ff.

¹⁵⁾ Vgl. M. Buse / D. von Dewitz, Bibliographie zur Politischen Planung, Baden-Baden 1974, sowie F. Grube / F. Richter / U. Thaysen, Politische Planung in Parteien und Parlamentsfraktionen, Göttingen 1976.

¹⁰⁾ H. Schatz, Auf der Suche nach neuen Problemlösungsstrategien, in: R. Mayntz/F. Scharpf (Hrsg.), Planungsorganisation, München 1973, S. 10.

¹¹⁾ Vgl. F. Lang, Öffentliche Verwaltung, Politik und wissenschaftliche Beratung, in: atomzeitalter, (1967) 4, S. 122 ff.

4. Die *Planungsernüchterungsphase* von 1975 bis 1983, in der die Ministerialbürokratie relativ desillusioniert von der praktischen Verwertbarkeit sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse war. Umgekehrt waren aber auch einige Sozialwissenschaftler überaus enttäuscht vom „Praktikerstolz“ gegenüber den wissenschaftlichen Empfehlungen und dem daraus zu erklärenden geringen gesellschaftlichen Einfluß der wissenschaftlichen Beratungsaktivität.

Hinzu kam, daß die Forschungsetats der öffentlichen Hand kleiner wurden und daß sich die Anforderungen an wissenschaftliche Beratungen qualitativ veränderten. Spätestens seit 1975 waren weniger planerische Grundsatzexpertisen über eine bessere Zukunft gefragt. Vielmehr bestand insbesondere in der Regierung Helmut Schmidt ein Beratungsbedarf bei der Behebung aktueller tagespolitischer Probleme mit möglichst konkret um-

setzbaren Handlungsanweisungen und in möglichst kostengünstiger Form. Nicht mehr „Planung“, sondern „Evaluation“ und „Innovationsforschung“ rückten in das Zentrum des Interesses¹⁶⁾. Die Probleme, die sich mit diesem Wandel in der Nachfrage sozialwissenschaftlicher Politikberatung für den einzelnen Wissenschaftler ergaben, werden weiter unten noch ausführlich analysiert. Eines läßt sich allerdings schon vorwegnehmen: Die veränderten Erwartungen an die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Politikberatung bringen es mit sich, daß ein in der Politikberatung tätiger Sozialwissenschaftler in den achtziger Jahren über teilweise gänzlich andere Berufserfahrungen verfügen muß als ein Berater in den sechziger oder siebziger Jahren. Gefragt sind nicht mehr theoretische Herleitungen und Zukunftsmodelle, sondern konkret umsetzbares sozialwissenschaftliches „Know-how“.

III. Beratergruppen und Beratungsformen

Das Beratungsangebot seitens der Sozialwissenschaften an Regierung und Verwaltung ist, sowohl was die einzelnen Beratergruppen als auch was die Beratungsformen anbetrifft, recht unterschiedlich. So kann sozialwissenschaftliche Beratung beispielsweise in Form

eines kurzen informellen Gespräches zwischen einem Wissenschaftler und einem Ministerialbeamten erfolgen. Sie kann aber auch durch komplexe Aufträge an größere Forschungsinstitute oder aber in Form von ständigen Beratergremien ablaufen. Bei dem Versuch, die verschiedenen Formen und Institutionen der politikbereich-spezifischen Beratung zu systematisieren, kommt man zu folgender Übersicht:

Diese verschiedenen Beratergruppen sollen im folgenden den unterschiedlichen Formen der Politikberatung zugeordnet werden.

1. Beiräte, Kommissionen, Sachverständigenausschüsse

Zu den klassischen Informationsbeschaffungsinstrumenten der Ministerialbürokratie zählen seit jeher die Beiräte, Kommissionen und Sachverständigenausschüsse. Die Anzahl dieser Beratungsgremien auf Bundesebene, denen Wissenschaftler (aber auch Vertreter anderer Interessengruppen!) ehrenamtlich angehören, ist in den vergangenen Jahren lawinenartig gewachsen: von 91 im Jahre 1962, 146 im Jahre 1965, 203 im Jahre 1969 auf 358 Mitte der siebziger Jahre mit insgesamt über

¹⁶⁾ Vgl. dazu R. Mayntz (Hrsg.), *Implementation politischer Programme*, Königstein 1980.

<u>Beratergruppen</u>	<u>Beratungsformen</u>
— Beiräte, Kommissionen, Sachverständigenausschüsse	— offizielle ständige wissenschaftliche Beratung
— staatliche, ressorteigene Forschungsinstitute	— Ad-hoc-Ausschüsse
— kommerzielle Forschungsinstitutionen	— Einzelaufträge (Gutachten)
+ staatlich geförderte Institute	— informelle Gespräche
+ private Institute	
— Universitätseinrichtungen	
— individuelle Sozialwissenschaftler	

5 600 beteiligten Wissenschaftlern und Experten¹⁷⁾.

Während die *Beiräte* auf Dauer eingerichtete Organisationen sind, die ein Verwaltungsressort ständig über spezifische Themenkreise möglichst komplex und umfassend informieren und beraten sollen, werden *Kommissionen* in der Regel als beratende Gremien von zeitlich begrenzter Dauer zur Lösung komplexer Probleme herangezogen. Längerfristig arbeitende Kommissionen werden vor allem deshalb nur recht selten eingesetzt, weil die Bürokratie überwiegend auf schnell zusammengestellte Informationen und auf kurzfristig umsetzbare Beratungsergebnisse angewiesen ist. Von daher werden gerade in Ministerien sehr viel häufiger Ad-hoc-Kommissionen bzw. Ausschüsse als Beratungsformen benutzt. Die Kommissionen arbeiten gezielt an politischen Problemstellungen und ermöglichen den Beamten einen kurzfristigen Zugriff auf den gewünschten Beratungsinhalt. Freilich leiden kurzfristig erstellte Ergebnisse häufig an einer tieferen Durchdringung des untersuchten Problembereiches, d. h., notwendige, für das Gesamtverständnis wichtige, ressortübergreifende Zusammenhänge werden häufig nicht gesehen bzw. nicht ausreichend thematisiert.

Auch die Mitglieder von *Sachverständigenausschüssen* bilden eine klassische Gruppe der Politikberater¹⁸⁾. Zu dem in der Öffentlichkeit wohl bekanntesten Ausschuß zählt der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“¹⁹⁾, dessen Analysen allerdings gerade in jüngster Zeit von der außerinstitutionell arbeitenden „Memorandumgruppe“ aus politischen und ideologischen Gründen stark kritisiert werden²⁰⁾.

¹⁷⁾ Vgl. dazu Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.), Erhebung über die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung, unveröffentlichtes Manuskript, Bad Godesberg 1965; D. Dreitzel, Die Bundesregierung und ihre Wissenschaftler, in: *atomzeitalter*, (1966) 10, S. 296ff; W. Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, Opladen 1983, S. 257.

¹⁸⁾ Vgl. K. Lompe, Die Rolle von Sachverständigenräten im Prozeß der politischen Willensbildung, in: *Zeitschrift für Politik*, (1969) 4, S. 223ff.

¹⁹⁾ Vgl. H. Fangmann / H. Mattfeld, Die „fünf Weisen“ der Marktwirtschaft. 20 Jahre Sachverständigenrat, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1983) 8, S. 1035ff.

²⁰⁾ Vgl. G. Willke, Zur wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: *SOWI, Informationen für Unterricht und Studium*, (1983) 1, S. 62ff; sowie W. Meissner, *Die Lehre der Fünf Weisen*, Köln 1980.

2. Staatliche, ressorteigene Forschungsinstitute

Politischen Sachverstand beschafft sich die Ministerialbürokratie schon seit Jahren auch aus den verschiedenen ressorteigenen Forschungseinrichtungen. Im Bereich der Bundesministerien wirken z. B. folgende Institutionen durch sozialwissenschaftliche Beratungstätigkeit auf die materielle Politikproduktion²¹⁾:

Im Bereich des *Bundesinnenministeriums*

- Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Köln),
- Umweltbundesamt (Berlin),
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Wiesbaden),

im Bereich des *Arbeits- und Sozialministeriums*:

- Bundesanstalt für Arbeitsschutz- und Unfallforschung (Dortmund),
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg),

im Bereich des Bundesministeriums für *Jugend, Familie und Gesundheit*:

- Bundesgesundheitsamt (Berlin),

im Bereich des *Bundesverkehrsministeriums*:

- Bundesanstalt für Straßenwesen (Köln),
- Bundesanstalt für Wasserbau (Karlsruhe),

im Bereich des *Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau*:

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Bonn),

im Bereich des Bundesministeriums für *Bildung und Wissenschaft*:

- Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (Berlin).

Neben diesen Instituten existieren gegenwärtig noch weitere 32 staatliche Forschungseinrichtungen²²⁾, die verwaltungsrechtlich Teile der Ministerien sind und somit im direkten Zugriff und gelegentlich auch unter der Weisungsbefugnis der Ministerien stehen. Obwohl diese Institute auch Grundlagenforschung betreiben bzw. für Dokumentations- und Informationszusammenstellung verantwortlich sind, besteht ihre zentrale Aufgabe darin, die Bundesministerien bei der Erarbei-

²¹⁾ W. Jann, Der Policy Ansatz, in: *Speyer Arbeitshefte der Hochschule für Verwaltungswissenschaften*, (1983) 45, S. 34f.

²²⁾ Vgl. Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.), *Faktenbericht 1981 zum Bundesbericht Forschung*, Bonn 1982.

tung und der Implementation von Gesetzen und anderen Entwürfen zu beraten.

Da diese Forschungseinrichtungen zumeist über einen längeren Zeitraum schon kontinuierlich mit den einzelnen Ministerien zusammenarbeiten, weil sie quasi selbst räumlich ausgelagerte wissenschaftliche Institute der Ministerien sind, haben sie ein sehr viel differenzierteres Wissen über die verwaltungstechnischen und politischen Bedarfslagen der Verwaltungsbürokratie als etwa universitäre Einrichtungen oder gar einzelne Sozialforscher. Andererseits bringt die staatliche Einbindung dieser Institute auch das Problem jeder staatlichen Institution mit sich: sie sind bekanntermaßen nicht frei von Bürokratisierung. Außerdem haben (gemäß dem Selbstverständnis der staatlichen Verwaltung) politische Argumentationen — im Vergleich zu sachlichen Informationen und pragmatischen Handlungsanweisungen — in der konkreten Beratung ein deutlich geringeres Gewicht. Dieser Sachverhalt begründet zugleich, warum sich die Ministerialbürokratie (gerade wenn es um dezidierte politisch bewertende Beratung geht!) häufig kommerzieller Forschungsinstitute bedient.

3. Kommerzielle Forschungsinstitute

Kommerzielle Forschungsinstitute werden gerade in jüngster Zeit zunehmend mehr von den Ministerien als Beratergruppen herangezogen. Der Grund hierfür liegt neben den bereits erwähnten Erwartungen an politikstrategischen Empfehlungen vor allem in der Schnelligkeit, mit der diese Institute die Informationen beschaffen. Daß diesem Service relativ hohe finanzielle Kosten entgegenstehen, wird dabei in Kauf genommen.

Generell läßt sich zwischen zwei Typen von kommerziellen Forschungsinstituten unterscheiden:

- den staatlich geförderten Instituten und
- den privaten Instituten.

Die staatlich geförderten wissenschaftlichen Institute kennzeichnen sich — etwa im Gegensatz zu Universitätsinstituten — dadurch aus, daß die konzeptionelle Anlage von wissenschaftlichen Großprojekten häufig schon auf die konkrete politische Umsetzung der empirischen Ergebnisse ausgerichtet ist. Deutlich wird dies insbesondere in der Formulierung des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses, das — bei genauerer Betrachtung — stets schon den bias des tatsächlich machbaren und praktisch verwertbaren enthält. In der Bundesrepublik fallen die klassischen fünf Wirtschaftsforschungsinstitute

(IFO, München; DIW, Berlin; HWWA, Hamburg; RWI, Essen; IW, Kiel), aber auch das „Wissenschaftszentrum Berlin“ mit seinen Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Management und Verwaltung, Vergleichende Gesellschaftsforschung und Umwelt und Gesellschaft²³⁾ ebenso in die Kategorie der staatlich geförderten wissenschaftlichen Einrichtungen wie etwa einzelne Max-Planck-Institute.

Die privat arbeitenden Forschungsinstitute, die in der Regel darauf bedacht sind, über die Aquirierung größerer empirischer Projekte hohe Gewinne zu erwirtschaften, versuchen sich in den Beratungsinhalten möglichst optimal den politischen Bedürfnisstrukturen der Ministerialbürokratie anzupassen. Da die Beamten gerade von den privaten Instituten eine politisch-strategisch durchdachte und auch wertende Beratung erwarten, die Institute ihrerseits jedoch auf Folgeaufträge aus den einzelnen Ministerien angewiesen sind, passiert es nicht selten, daß sich die politischen Meinungen und Intentionen der Ministerialbürokratie in den Ergebnissen von finanziell recht kostspieligen, wissenschaftlich angelegten Projekten privater Forschungsinstitute widerspiegeln — ein Problem, auf das weiter unten noch genauer eingegangen wird.

Zu den einflußreichsten und größten kommerziell arbeitenden sozialwissenschaftlichen Instituten in der Bundesrepublik zählen: Battelle, Frankfurt; Infas, Bonn; Infratest, München; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln; Prognos, Basel/Köln; Noelle-Neumann, Allensbach; Sinus, Heidelberg/München²⁴⁾.

4. Universitätseinrichtungen und individuelle Sozialforscher

Zahlreiche Ministerien vergeben Forschungsaufträge auch an Universitätsinstitute bzw. an einzelne Sozialwissenschaftler. Dies geschieht vor allem, wenn hochspezialisierte Fachgebiete interessenneutral bearbeitet werden sollen.

Die Politikberatung erfolgt hier zumeist in Form von Gutachten. Diese werden einerseits zu sehr detaillierten und komplizierten Themen bestellt, andererseits aber auch zur Beschaffung von umfangreichem Grundlagenwissen verwendet. Im Prinzip liefern Gutachten aber immer einen kompakten Sachver-

²³⁾ Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), *Interaktion von Wissenschaft und Politik*, Frankfurt 1977.

²⁴⁾ Vgl. dazu H. von Alemann, *Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute*, Opladen 1981.

stand über ein enges, spezifisches und in der Administration noch unstrukturiert vorliegendes Problemfeld. Die zentrale Funktion von Gutachten besteht darin, die erarbeiteten Befunde mit einzelnen Ressortaufgaben funktional zu koordinieren.

Eine weitere — in der Praxis keineswegs unbedeutende — Variante der Politikberatung besteht in informellen Gesprächen. Gelegenheiten für diese Gespräche bieten wissenschaftliche Kongresse, Symposien oder auch persönliche Kontakte zwischen einzelnen Mitarbeitern in universitären Forschungseinrichtungen und in der Ministerialbürokratie.

Interesse an informellen Gesprächen besteht sowohl bei der Ministerialbürokratie als auch bei Wissenschaftlern. Beide Gruppen agieren in einem System wechselseitiger Vorteile. Die Beamten in den Ministerien können durch informelle Gespräche mit Experten die Transparenz von selbst zu bearbeitenden politischen Problemfeldern durch die Spontaneität und die hohe Auskunftsbereitschaft der Gesprächspartner sowie durch die Offenheit in der Argumentation schnell erhöhen²⁵⁾. Für Sozialwissenschaftler sind Kontakte zur Mini-

sterialbürokratie vor allen Dingen aus Prestige-gründen, vereinzelt auch wegen finanzieller Zuwendungen von Bedeutung. Politikberaternd tätig zu sein, hebt und festigt sowohl das Selbstwertgefühl als auch die professionelle Anerkennung des Sozialforschers bei den Kollegen im akademischen Bereich und auch bei Vertretern aus Politik und Verwaltung²⁶⁾.

In der Bundesrepublik haben u. a. folgende universitäre Forschungseinrichtungen einen Schwerpunkt auf Politikberatung gesetzt:

- Institut für angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln,
- Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin,
- Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld,
- Fachgruppe Politikwissenschaft/Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz,
- Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer.

IV. Verwendungsformen von Politikberatung

Sozialwissenschaftlicher Sachverstand wird aus unterschiedlichen Gründen herangezogen und erfüllt entsprechend mehrere Funktionen. Klaus von Beyme unterscheidet folgende vier Funktionen von Politikberatung²⁷⁾:

- Frühwarnsystem,
- Interessen- und Konfliktschlichtungsfunktion,
- Überwachungsfunktion,
- Funktion einer Legitimation.

Die Motive, welche die Praktiker dazu veranlassen, auf sozialwissenschaftliche Politikberatung zurückzugreifen, lassen sich allerdings auf zwei Punkte reduzieren: Die Ministerialbürokratie hat in der Regel ein Interesse an *fachlichen Informationen* und/oder *politischen Analysen*. Im ersten Fall übernimmt sozialwissenschaftliche Politikberatung die

Funktion der Informationsbeschaffung (Problemerkennung); im zweiten Fall die Funktion der Legitimationsbeschaffung (Problemüberwachung, -steuerung und -schlichtung).

Die Funktion der *Informationsbeschaffung* übernehmen insbesondere Politikberater, die in deutlicher Distanz zum politischen Entscheidungsprozeß stehen. Zumeist werden diese Berater nur einmalig, partiell und sporadisch berufen. Gerade wenn die Verwaltung an einer schnellen Problemlösung interessiert ist, bedient sie sich dieser Form der Politikberatung. Entweder geschieht dies, um den häufig vorhandenen mangelnden Sachverstand der Ministerialbürokratie in speziellen Politikbereichen zu kaschieren oder aber, um fehlende Arbeitskapazität in der Verwaltung zu ersetzen. In den Bereich der informationsbeschaffenden Politikberatung fällt beispielsweise das selektive Zusammenstellen von empirischen Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen im Hinblick auf ganz konkrete, politisch umsetzbare Handlungsanweisungen und/oder ganz konkreten Fragestellungen seitens der Praktiker. Eine andere Art der Informationsbeschaffung ist über die informellen Gespräche zwischen Praktikern und Beratern gegeben. Hier werden häufig

²⁵⁾ K. Mayer / R. Görden, Die wissenschaftliche Beratung der Bundesministerien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/79, S. 36.

²⁶⁾ C. Böhrer, Politikberatung, in: M. Greiffenhagen / S. Greiffenhagen / R. Prätorius (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1982, S. 306.

²⁷⁾ K. von Beyme, a. a. O. (Anm. 1), S. 8 ff.

bestimmte politische Themen ganz bestimmten Entscheidungsträgern zugeordnet²⁸⁾. In beiden Fällen nehmen dann wissenschaftliche Gutachten die Funktion des zweiten „Gehirns“ und der „verlängerten Werkbank“ der jeweiligen Auftraggeber ein²⁹⁾.

Einen für den Auftraggeber weitaus höheren „Gebrauchswert“ hat allerdings die Politikberatung in ihrer Funktion als *Legitimationsbeschaffung*. In dieser Rolle werden wissenschaftliche Gutachten in der Regel dazu verwendet, präventiv eine geplante politische Entscheidung durch empirische Befunde in ihrer Richtigkeit zu bestätigen³⁰⁾ oder reversiv eine längst vollzogene politische Handlung zu legitimieren³¹⁾, z. B. weil gesellschaftspolitische Konkurrenten oder eine parlamentarische bzw. andere vorgesetzte Stelle die Relevanz von bereits durchgeführten Initiativen in Frage stellt. In beiden Fällen liegt das Ergebnis des Gutachtens bei der Auftragserteilung in seinen Grundzügen schon fest. Daß diese Art von Beratung zwangsläufig methodisch und inhaltlich „biased“ sein muß, ergibt sich aus der Natur der Sache.

Das Entscheidende an dieser Form der Politikberatung besteht nun darin, daß sich die Berater in die politische Willensbildung aktiv einbringen und damit zur persönlichen und institutionellen Verflechtung zwischen dem politisch-administrativen Bereich und dem Wissenschaftsbereich bzw. dem kommerziellen Forschungsbereich beitragen. Häufig stehen diese Politikberater in ihren Werturteilen und praktischen Handlungsanweisungen denen ihrer Auftraggeber sehr nahe. Von daher handelt es sich bei dieser Art der Bera-

tung weniger um wertfreie, sondern vielmehr um eine stark voreingenommene und den politischen Erwartungen der Auftraggeber gerecht werdende Beratung. Zum Bereich dieser legitimationsbeschaffenden Politikberatung zählt beispielsweise die dauerhafte Teilnahme an Kommissionen oder an langfristig konzipierter sozialwissenschaftlicher Begleitforschung, aber auch die regelmäßige politische Beratung über Veränderungen in bestimmten politischen Teilbereichen, wie z. B. in der Technologie- und Rüstungsentwicklung, den Problemen der Arbeitslosigkeit, der Umweltbedrohung und des Wertewandels.

Da sich nun aus Gründen der politischen Loyalität gegenüber dem Auftraggeber bzw. der Vertraulichkeit gegenüber den Beratungsergebnissen nicht jeder x-beliebige Forscher oder jedes kommerziell arbeitende Institut für eine legitimationsbeschaffende Politikberatung eignet, bleibt die Frage, welche Personen oder Personengruppen aus welchem Gründen zu dieser Form der Beratung herangezogen werden. Obwohl in zahlreichen Fällen geplante Gutachten offiziell ausgeschrieben werden bzw. ausgeschrieben werden müssen, verläuft die Rekrutierung von Beratern, die durch wissenschaftliche Ergebnisse politische Legitimationsfunktionen erbringen sollen, faktisch zumeist über ein teils persönlich und teils beruflich bedingtes diffus-loyales Beziehungsgeflecht zwischen einzelnen Verwaltungsbeamten, Politikern, Wissenschaftlern und Besitzern kommerzieller Forschungsinstitute. Der Vorteil, der sich daraus ergibt, diesen Beraterkreis heranzuziehen, liegt auf der Hand: Politiker und Verwaltungsbeamte können sich der Loyalität ihrer Berater ganz sicher sein. Andererseits besteht der gewichtige Nachteil dieses Verfahrens darin, daß sich Politiker und Verwaltungsbeamte nicht oder nur selten über das informieren, was außerhalb ihres „wissenschaftlichen Beraterkreises“ an politisch-handlungsrelevanten Forschungsergebnissen produziert wird. Mit anderen Worten: Es besteht eine recht blinde Forschungsgläubigkeit seitens der Ministerialbürokratie gegenüber dem, was die persönlich bekannten Politikberater zusammentragen.

²⁸⁾ F. Müller-Rommel, Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell organisierte Gruppierungen von 1969 bis 1980, Opladen 1982, S. 206ff.

²⁹⁾ E. H. Ritter, a. a. O. (Anm. 6), S. 460.

³⁰⁾ M. Buse / S. Papst, Politische Wissenschaft und politische Praxis, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/77, S. 9.

³¹⁾ F. Neidhardt, Praxisverhältnisse und Anwendungsprobleme der Soziologie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft), 1979, S. 329.

V. Praxisprobleme mit sozialwissenschaftlicher Beratung

Die konkreten Probleme mit sozialwissenschaftlicher Beratung sind vielseitig. Aus dem Blickwinkel der Praxis lassen sich jedoch vier zentrale Bereiche identifizieren, in denen immer wieder Schwierigkeiten mit der sozialwissenschaftlichen Politikberatung auftauchen:

- die allgemeinen Probleme der Sozialwissenschaftler gegenüber den Wirtschaftswissenschaftlern;
- die forschungstechnischen Probleme;
- die Umsetzungs- und Übersetzungsprobleme;
- Probleme, die sich aus dem Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis von Sozialwissenschaftlern und den Erwartungen an wissenschaftlicher Politikberatung herleiten.

1. Sozialwissenschaften versus Wirtschaftswissenschaften

Wie bereits erwähnt, lag die Politikberatung in den sechziger Jahren in erster Linie in den Händen der Ökonomen. Erst in den siebziger und achtziger Jahren konnten sich Sozialwissenschaftler als Berater in den verschiedenen politisch-administrativen Institutionen etablieren. Stellt man sich die Frage, welchen Beitrag die Wirtschaftswissenschaften einerseits und die Sozialwissenschaften andererseits in bezug auf die Analyse und die Prognose von politischen Problemen geleistet haben, so muß man zunächst konstatieren, daß sich beide Disziplinen sowohl in ihren Forschungsschwerpunkten als auch in ihrer Grundhaltung deutlich voneinander unterscheiden. Im Gegensatz zu den Wirtschaftswissenschaften liegt das Erkenntnisinteresse der sozialwissenschaftlichen Forschung primär in der Analyse der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen dem politischen und dem ökonomischen System. Die Ökonomen entwickeln hingegen vor allem fachimmanent alternative Konzepte zur Steuerung der Wirtschaft, aus denen dann (nach dem eigenen Wissenschaftsverständnis) positive Entwicklungstendenzen im gesamtgesellschaftlichen Bereich folgen. Hinzu kommt, daß die sozialwissenschaftlichen Politikberater (im Gegensatz zu den ökonomischen Beratern) vielfach noch von einem hohen ethischen Anspruch geleitet sind, im Rahmen einer vom Grundgesetz her in ihrer Freiheit geschützten Wissenschaft einen kritisch distanzierten Beitrag für die weitere Entwicklung einer demokrati-

schen Gesellschaft zu leisten³²). Von daher haben die Ergebnisse der traditionellen sozialwissenschaftlichen Politikberatung, zumindest nach dem Selbstverständnis der Produzenten, primär die Funktion, zur Bewußtseinsbildung der herrschenden Elite beizutragen. Konkret bedeutet dies, daß in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Expertisen mehr politische Probleme aufgeworfen als Problemlösungsmöglichkeiten angeboten wurden.

Entsprechend distanziert war die Reaktion der Verwaltungsadministration auf diese „Denkergebnisse“, war doch das Resultat der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse, zu Ende gedacht und auf das eigene Handeln übertragen, für den Praktiker in der Regel entmotivierend. Die erwarteten Handlungsanweisungen fehlten und die Lösung der aufgezeigten Probleme überstieg häufig den Kompetenzbereich des einzelnen Praktikers. Riesenhuber forderte deshalb, sicherlich im Sinne zahlreicher Verwaltungsbeamter, von den Sozialwissenschaften „eine Erweiterung unserer Vorstellungswelt über künftige Entwicklungen und dabei statt der zunehmend resignierten Warnung vor Gefahren der Technik endlich auch den Versuch, soziale und wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten für unsere von der Technik geprägte Zivilisation aufzuzeigen. (...) Ich befürchte, daß dem notwendigen und verdienstvollen Effekt des Aufrüttelns, der diesen Studien zukommt, allmählich nur Katzenjammer und Resignation folgen, also genau solche Grundhaltungen, die uns der Lösung solcher Probleme keinen einzigen Schritt weiterbringen.“³³)

Im Gegensatz zu der traditionellen sozialwissenschaftlichen Politikberatung liefern die Wirtschaftswissenschaftler konkrete, zum Teil an tagespolitischen Problemen anknüpfende Handlungsanweisungen, die von der Verwaltungsadministration durchgängig für die eigene Arbeit funktionaler verwertbar ist. Daß dennoch sozialwissenschaftlicher Sachverstand neben dem ökonomischen gefragt war und auch in Zukunft gefragt bleibt³⁴), ist

³²) O. Stammer, Die Politikwissenschaftler als Berater der politischen Praxis, in: Wissenschaft und Praxis, Opladen 1967, S. 39.

³³) H. Riesenhuber, a. a. O. (Anm. 8), S. 10.

³⁴) Vgl. H. J. Krupp, Empirische Sozialwissenschaft und amtliche Statistik aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Politikberatung, Sonderdruck des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden anlässlich der Tagung „Interdependenz zwischen amtlicher Statistik und empirischer Sozialwissenschaft“, 1983, S. 10.

im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der politisch-administrative Betrieb auf Selbstbestätigung der Politik und der Ministerialbürokratie angelegt ist. Von daher sind immer noch zahlreiche Praktiker an den Analysen und Prognosen der Sozialwissenschaften interessiert, allerdings weniger, um sich hiervon die Klärung ihres eigenen politischen Wollens zu versprechen, sondern vielmehr, um sich ein differenziertes und zugleich kritisch reflektiertes Fachwissen anzueignen, was für eine berufliche Karriere innerhalb der Administration von entscheidendem Vorteil ist³⁵).

2. Forschungstechnische Probleme

Ein weiterer Anlaß zu Mißverständnissen im Verhältnis zwischen Sozialwissenschaft und Politikberatung ist eher forschungstechnischer Natur und liegt in der zeitlichen Durchführung von geplanten wissenschaftlichen Forschungsvorhaben sowie im Zugang zu relevanten Daten.

Angesichts der Tatsache, daß die Praktiker durch den Druck von Interessengruppen oder durch die mobilisierte öffentliche Meinung häufig unter enormer Zeitnot bei der politischen Problemlösung leiden, die Forscher ihrerseits jedoch für die Durchführung eines wissenschaftlich seriösen Gutachtens einen längeren Zeitraum benötigen, kommt es im Verlauf des Beratungsprozesses des öfteren zu beidseitigen Unzufriedenheiten. Wissenschaftler brauchen relativ viel Zeit, um die in Auftrag gegebene Problematik in der Literatur aufzuarbeiten, und noch mehr Zeit für die Durchführung von empirischen Projekten, sofern diese gewünscht werden. Gerade bei quantitativ-empirischen Untersuchungen tauchen häufig unvorhergesehene Schwierigkeiten auf, die den ursprünglich festgesetzten Abgabetermin vom Gutachten häufig um einen längeren Zeitraum verzögern.

Ein in der Praxis leider gängiges Verfahren, lieber eine qualitativ weniger niveauvolle sozialwissenschaftliche Beratung zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erhalten, anstatt umfangreiche, theoretisch fundierte empirische Ergebnisse zu einem Zeitpunkt, an dem die relevanten politischen Entscheidungen längst getroffen sind, ist zweifellos ein entscheidender Faktor dafür, daß einzelne Sozialwissenschaftler weniger häufig für Beratungszwecke herangezogen werden als kommerziell arbeitende sozialwissenschaftliche Institute, die

schon aus Interesse an Folgeaufträgen die vertraglich ausgehandelten Abgabetermine in der Regel einhalten.

Wenn sich die Ministerialbürokratie dennoch der Sachkompetenz einzelner Sozialforscher bzw. Forschergruppen bedient, behilft man sich mit der projektbegleitenden Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer³⁶). Konkret geschieht dies beispielsweise durch das Instrument von Zwischenberichten. In diesen Berichten zeichnen sich trendartig schon bestimmte Ergebnisse ab, so daß zumindest das Endprodukt der Beratung bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt in Konturen sichtbar und für den Praktiker einschätzbar wird. Dieses Verfahren könnte sich in Zukunft fördernd auf die Nachfrage sozialwissenschaftlichen Fachwissens auswirken. Allerdings besteht durch die Zwischenberichterstattung auch das Problem, daß die Auftraggeber noch zu einem für den Gesamtforschungsprozeß günstigen Zeitpunkt inhaltlich auf die Forschungsergebnisse einwirken können. Die Politikberatung übernimmt dann nicht mehr die *traditionelle* Rolle, eigenständige, umfassende Forschungsergebnisse in kritischer Distanz zur aktuellen Politik zu liefern. Vielmehr zeichnet sich ab, daß die *neue* Rolle der sozialwissenschaftlichen Beratung (projektbegleitende Kommunikation) tendenziell darin besteht, kurzatmige Analysen zu erstellen, die in den meisten Fällen den Auftraggebern nur das bestätigen, was ihnen ihre Erfahrungen oder Überzeugungen schon vorher rieten.

Ein weiteres forschungstechnisches Problem besteht in der Zugänglichkeit zu Daten und zu anderen Informationsträgern, die bereits bei den Auftraggebern vorliegen³⁷). In der Regel sind staatliche Institutionen sehr zurückhaltend, wenn es um die Bereitstellung von eigenem, archivierten Material geht. Dies ist einerseits auf die Vertraulichkeit zurückzuführen, mit der schriftlich vorliegende Informationen in der Administration behandelt werden. Andererseits lassen sich Praktiker auch nicht gerne in ihre „Karten“ schauen, schon wegen der Befürchtung, daß man ihnen vorhalten könnte, sie hätten in den konkret vorliegenden Informationen die verborgenen wissenschaftlichen Ergebnisse nicht erkannt, oder noch schlimmer: sie hätten die wissen-

³⁵) Vgl. C. Offe, Sozialwissenschaften zwischen Auftragsforschung und sozialer Bewegung, in: *Vorgänge*, (1980) 50, S. 40ff.

³⁶) G. Wurzbacher, Sozialwissenschaftliche Forschung und gesellschaftliche Praxis, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (1982) 4, S. 770.

³⁷) Vgl. dazu M. Kaase u. a. (Hrsg.), *Datenzugang und Datenschutz. Konsequenzen für die Forschung*, Königstein 1980.

schaftlichen Antworten zwar längst erkannt, sie jedoch aus bestimmten Gründen nicht bekanntgegeben.

3. Umsetzungs- und Übersetzungsprobleme

Sozialwissenschaftler und Praktiker sprechen auch heute noch verschiedene Sprachen, obwohl seit den siebziger Jahren zunehmend mehr jüngere Leute mit sozialwissenschaftlicher Ausbildung in der Administration beschäftigt werden. Nun stehen bekanntermaßen hinter verschiedenen Sprachformen auch unterschiedliche Denkweisen. Während Praktiker in der Regel relativ unkomplizierte, selten theoriegeleitete Denkstrukturen haben, die primär auf schnelleres Erkennen und Reagieren abzielen, ist die sozialwissenschaftliche Denkweise bestimmt durch komplexe theoretische und methodische Überlegungen über Modell- bzw. Prozeßzusammenhänge.

Gerade diese unterschiedlichen Denkstrukturen und die häufig nicht vorhandene Bereitschaft, diese in irgendeiner Weise zu verändern, haben zur Folge, daß sozialwissenschaftliche Analysen nur selten praktisch verwendet werden.

Schon von der Fragestellung und der Problemformulierung her laufen viele sozialwissenschaftliche Expertisen wegen des häufig fehlenden Praxisbezugs am „Erkenntnisinteresse“ der Auftraggeber vorbei. Hinzu kommt, daß die traditionelle aufklärerische sozialwissenschaftliche Beratung (vom eigenen Selbstverständnis her) einen größeren Wert auf die theoretische und methodische Absicherung ihrer Ergebnisse legt als auf handlungsrelevante (weniger streng empirisch abgesicherte) Umsetzungsvorschläge für die politische Praxis. Von daher reduziert die wissenschaftliche Analyse von politischen Problembereichen keineswegs (wie von den Praktikern gemeinhin erwartet) die Komplexität politischer Probleme, sondern bringt häufig zusätzliche Komplexität hervor, die nicht zuletzt auch durch den unterschiedlichen Kommunikationsstil begründet ist.

Sprachbarrieren zwischen Politik und Wissenschaft sind schon seit jeher vorhanden. Allerdings scheint dieses Problem gerade im Verhältnis von praktischer Politik zu Politikwissenschaft von einer grundsätzlichen Bedeutung zu sein. Es ist nämlich einigermaßen fatal, wenn sich eine Wissenschaft, deren Gegenstand die Erforschung von Politik ist, einer derart akademisierten und „verklausulierten“ Sprache bedient (die zudem nicht frei ist von elitären Zügen), daß gerade die Adressa-

ten der Forschungsergebnisse diese nicht verstehen bzw. nicht umsetzen können. (Man stelle sich einmal vor, wie die pharmazeutische Industrie auf verbal unverständliche und handlungsirrelevante Forschungsergebnisse reagieren würde!) Zu Recht beurteilen die administrativen und politischen Akteure beispielsweise die Aufwartung von immer wieder neuen Wortschöpfungen, die zur Erhaltung eines wohl reizvollen Unverständlichkeitsvorsprungs der Sozialwissenschaftler beitragen, sehr kritisch³⁸⁾.

Freilich muß an dieser Stelle auch betont werden, daß es nicht genügen würde, komplizierte sozialwissenschaftliche Sprachmuster zu popularisieren, um sie zur praktischen Anwendung zu bringen³⁹⁾. Die Komplexität mancher politischer Problembereiche kann eben nicht immer sprachlich vereinfacht dargestellt werden. Ein Nachschlagewerk, z. B. für die oben erwähnten pharmazeutischen Produkte, enthält sicherlich auch komplizierte Sprachmuster, ohne jedoch irrelevant oder praxisfern zu sein.

In der politischen Praxis werden unverständlich formulierte bzw. politisch nicht oder nur teilweise umsetzbare sozialwissenschaftliche Expertisen auf zweierlei Weise „verarbeitet“: Zum einen werden nicht selten sozialwissenschaftliche Ergebnisse aus der Auftragsforschung, in die erhebliche finanzielle Mittel investiert wurden, unausgewertet „verschubladiert“. Dieses Verfahren ist (sieht man einmal von der offenkundigen Fehlinvestition ab) politisch nicht weiter bedeutend. Problematischer ist der zweite Weg, sozialwissenschaftliche Ergebnisse zu verarbeiten: Es kommt nämlich nicht selten vor, daß sich Verwaltungsbeamte ohne sozialwissenschaftliche Vorbildung in Ermangelung konkreter Handlungsanweisungen selbst an die Interpretation des Materials begeben. Häufig werden dann sozialwissenschaftliche Expertisen wie ein Steinbruch behandelt, aus dem man herausbricht, was in das eigene Konzept bzw. Weltbild paßt. Ganz besonders problematisch ist dieses Verhalten bei der politischen Verwertung von quantitativ-empirischen Daten, weil hierbei die große Gefahr einer einseitigen Interpretation bzw. Überinterpretation von Daten besteht⁴⁰⁾.

Wenn es nun richtig ist, daß Politikberatung u. a. die Aufgabe hat, „Forschungsergebnisse aus dem Horizont leitender Interessen, die das Situationsverständnis der Handelnden

³⁸⁾ W. Bruder, Sozialwissenschaften und Politikberatung, Opladen 1980, S. 31.

³⁹⁾ W. Jann, a. a. O. (Anm. 21), S. 43.

⁴⁰⁾ K. Furmaniak u. a., a. a. O. (Anm. 7), S. 577.

bestimmen, zu interpretieren⁴¹⁾, dann müssen auf der Umsetzungsebene von Wissenschaft in Politik auf zweifache Weise pragmatische Korrekturen vorgenommen werden: Zum einen muß die „Mehrsprachigkeit“⁴²⁾ von Sozialwissenschaftlern kultiviert werden, d. h. Sozialwissenschaftler müssen lernen, sich vor unterschiedlichem Publikum sprachlich durchaus komplex, aber auch verständlich auszudrücken, unter Umständen auch unter Verzicht auf den „Transport“ von einigen politischen „messages“. Zum anderen wäre zu überlegen, ob ein didaktisches Konzept des Transfers wissenschaftlicher Ergebnisse und Denkweisen, welches den Expertisen vorangestellt sein müßte, die Umsetzungsprobleme reduzieren könnte.

4. Wissenschaftliches Verständnis und Erwartungen an Politikberatung

Die bisherigen Ausführungen haben schon ansatzweise gezeigt, daß die Probleme mit sozialwissenschaftlicher Politikberatung entscheidend auf den Widerstand zwischen dem Selbstverständnis von Wissenschaftlern (hinsichtlich ihrer eigenen Arbeit) einerseits und den Erwartungen an sozialwissenschaftlicher Politikberatung (seitens der Praktiker) andererseits zurückzuführen sind. Wissenschaftler machen nach dem eigenen Selbstverständnis in ihren theoretischen und methodischen Abhandlungen von der sogenannten Freiheit der Wissenschaft Gebrauch, um möglichst objektive, wissenschaftlich nicht „angreifbare“ Ergebnisse zu produzieren. Daß diese wissenschaftlichen Befunde in der Regel entweder sehr allgemein, sehr komplex oder aber allgemein-komplex ausfallen, ist genau das Problem der meisten Praktiker⁴³⁾.

Letztere sind in ihrer Rolle zwar auf sozialwissenschaftliche Informationen angewiesen. Sie besitzen jedoch (im Gegensatz zu den Wissenschaftlern) in der Regel ein Wissenschaftsverständnis, das zwar auf inhaltliche Genauigkeit, aber nicht unbedingt auf Objektivität der Ergebnisse zielt. Angesichts der Tatsache, daß sozialwissenschaftliche Befunde häufig als Instrument der politischen

Auseinandersetzung eingesetzt werden⁴⁴⁾, interessiert die Praktiker die methodische Exaktheit einer Untersuchung nur insoweit, als die empirischen Ergebnisse in der Öffentlichkeit haltbar sein müssen. In der Administration ist man von einer Sucht nach aktuellen Umfrageergebnissen geradezu besessen, insbesondere, weil sich mit diesen Daten die öffentliche Meinung wiederum „machen“ läßt. Hinzu kommt, daß Relevanz und Qualität von wissenschaftlichen Untersuchungen letztlich danach beurteilt werden, ob die Ergebnisse konkrete Handlungsanweisungen liefern⁴⁵⁾. Gerade die hierdurch betriebene „Unterwanderung“ des Elements der Wissenschaftsfreiheit durch selektive Wahrnehmung und Verwertung von sozialwissenschaftlichen Ergebnissen hat in den vergangenen Jahren zu einem starken, nur schwer überwindbaren Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaftlern und Praktikern geführt.

Nun könnte man freilich die These vertreten, daß der Ausweg aus dieser Malaise darin bestehen müsse, den Sozialwissenschaften noch stärker als bisher eine Aufklärungsfunktion zuzuschreiben. Die Tatsache, daß sozialwissenschaftliche Begriffe und Konzepte wie z. B. Politikverflechtung, Bürgernähe, Wertewandel, Implementation und Vollzugsdefizit Eingang in den Fachjargon der Praktiker gefunden haben, deutet nämlich darauf hin, daß sozialwissenschaftliche Analysen nicht nur konkrete Handlungsanweisungen liefern müssen, um beachtet zu werden. Politische Aufklärung, d. h. kritische Analyse und Reflexion gesellschaftlicher Entwicklung, kann und soll allerdings nicht der Begrenztheit von Tagespolitik untergeordnet werden, sondern bedarf der umfassenden, komplexen Forschung, die nach Möglichkeit ein Mindestmaß an Distanz zwischen Forschenden und Entscheidenden haben sollte. Definiert man die Funktion von Sozialforschung ausschließlich als Aufklärungswissenschaft, dann entsteht freilich das Problem, daß die politikbezogene Sozialwissenschaft um so weniger politikberatende Funktionen übernehmen kann, je konkreter sie für tagespolitische Entscheidungshilfen herangezogen wird. Bleibt also zu fragen, welche Perspektiven sozialwissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik unter den hier aufgezeigten Rahmenbedingungen überhaupt noch hat.

⁴¹⁾ J. Habermas, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung*, in: ders., *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt 1971⁵, S. 134.

⁴²⁾ U. Beck / L. Rosenmayer, *Vorwort* — besonders an die „Praktiker“ unter den Lesern, in: U. Beck (Hrsg.), *Soziologie und Praxis*, Göttingen 1980, S. XI.

⁴³⁾ Vgl. dazu H. Klages, *Der Beitrag der Sozialwissenschaften zur praktischen Politik*, in: WZB (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 23).

⁴⁴⁾ Vgl. H. Becker / B. Hombach u. a., *Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei*, Bonn 1983, S. 37.

⁴⁵⁾ Vgl. dazu G. Dietzel, *Wissenschaft und staatliche Entscheidungsplanung*, Speyer 1976 (Dissertation).

VI. Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Politikberatung

Die eigentliche Schwachstelle in der Beziehung zwischen Politikberatern und Beratern ist offenkundig bestimmt durch das mangelnde wechselseitige Verständnis vom jeweils unterschiedlichen Arbeitsstil und von der Arbeitsmethodik, vom Zeitbudget und vom Informationsbedürfnis. Um dieses Problem zu lösen, macht E. H. Ritter den Vorschlag, „Berater wie Beratende sollten die Bedingungen, denen ihr Verhältnis unterliegt, akzeptieren. Das wäre ein wichtiger Schritt, um die derzeitigen Verkrampfungen abzubauen.“⁴⁶⁾

In diesem Zusammenhang formuliert er vier konkrete Grundsätze, die einerseits zum Erhalten der gesellschaftlichen Funktion von Wissenschaft und andererseits zur Funktionsfähigkeit demokratischer Kontrolle politischer Vorgänge beitragen sollen. Hierzu zählen⁴⁷⁾

— die Herstellung der Öffentlichkeit im Beratungsprozeß und in den Beratungsergebnissen (z. B. Öffnung zum Bürgerdialog; Recht zur Publikation von Beratungsergebnissen);

— die offene Auswahl der Berater und Offenlegung der Beratungsverhältnisse (z. B. um die Verflechtungen zwischen dem wissenschaftlichen und dem politischen Raum transparenter zu machen);

— ausgewogene Regelungen zur Unabhängigkeit und Verantwortung des Beraters (weil dies wichtig ist für die Qualität der Beratung);

— zeitliche Befristung und Rotation der beratenden Personen (z. B. um Abnutzungerscheinungen und Verkrustungen in der Beratung durch Dauerbeschäftigungsverhältnisse zu vermeiden).

Zweifellos würde die Realisierung dieser vier Grundsätze das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis entscheidend verbessern. Eines der zentralen Grundübel sozialwissenschaftlicher Politikberatung ist damit allerdings noch nicht behoben: Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen steht außer Frage, daß der *Umsetzung* sozialwissenschaftlicher Informationen in praktisch-politische Handlungsanweisungen, gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über die perspektivische Beständigkeit sozialwissenschaftlicher Politikberatung, größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. In den vorangegangenen Abschnitten konnte gezeigt werden, daß Wissenschaftler selber in der kon-

kreten Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in praktische Politik entweder überfordert sind oder aber diese Umsetzung gar nicht selber vornehmen wollen. Hinzu kommt, daß ihnen häufig nicht nur die notwendigen fachlichen Qualifikationen, sondern auch die konkreten Erfahrungen in politisch-administrativen Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen fehlen. Wenn allerdings die Verwertung sozialwissenschaftlicher Forschung (und hier bietet sich im Bereich der Politikwissenschaft vor allem die Policy-Forschung an) verbessert und nicht im politisch-administrativen System folgenlos „verschubladiert“ werden soll, kommt es darauf an, qualifizierte Verbindungspersonen im Bereich der Politikberatung zu finden bzw. auszubilden, die an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und politischer Praxis arbeiten. Um es noch genauer zu sagen: Was die politischen und staatlichen Institutionen in der Bundesrepublik brauchen, sind neben aufklärerisch tätigen Sozialforschern vor allem auch fachlich qualifizierte Fragesteller, Übersetzer und Interpretieren sozialwissenschaftlicher Informationen. Diese Tätigkeit, die sich beispielsweise als „wissenschaftspolitischer Dolmetscher“ oder „Organisator wissenschaftlicher Politikberatung“ beschreiben ließe, wäre ein zukünftiges Aufgabenfeld primär auch für Politologen⁴⁸⁾.

In den Bereich dieses neuen Berufsfeldes würden z. B. folgende spezifische Tätigkeiten fallen:

— Beobachtung des „Wissenschaftsmarktes“, d. h. auf dem neuesten Stand der Literatur zu sein, an Kongressen, Fachtagungen etc. teilzunehmen, um neue verwertbare wissenschaftliche Ergebnisse zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Verwaltung transparent zu machen.

— Rechtzeitige Wahrnehmung von perspektivisch relevanten politischen Problemfeldern, um diese (falls noch nicht geschehen) in wissenschaftliche Fragestellungen umzuformulieren und ausgewählten Politikberatern zur Analyse zu übergeben.

— Enge Betreuung von laufenden wissenschaftlichen Gutachten bzw. differenzierte Formulierung von zukünftigen Forschungsvorhaben, um Kommunikationsbarrieren und inhaltliche Mißverständnisse zwischen Wissenschaftlern und Praktikern abzubauen.

⁴⁶⁾ E. H. Ritter, a. a. O. (Anm. 6), S. 464.

⁴⁷⁾ Ebd., S. 463f.

⁴⁸⁾ Vgl. dazu M. Buse / S. Papst, a. a. O. (Anm. 30), S. 14.

— Ausarbeitung von didaktischen Konzepten, um zum einen den Transfer wissenschaftlicher Denkweise in die Administration und zum anderen den Transfer administrativer Denkweise in die Wissenschaft zu garantieren.

Aus der Beschreibung dieser Aufgabenfelder wird klar, daß die Qualifikationsmerkmale eines „wissenschaftspolitischen Dolmetschers“ sowohl im Bereich der Wissenschaft als auch der politischen Praxis angesiedelt sein müssen. Konkrete Erfahrungen durch eigene Tätigkeit in der Administration sind ebenso wichtig wie eigene Mitarbeit an empirischen Projekten bzw. wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen.

Wenn es nun richtig ist, daß Personen mit diesen Qualifikationen zukunftsprospektiv ein neues Berufsfeld für Politologen bilden, dann sind politikwissenschaftliche Institute in der Bundesrepublik, die einen Diplom-Politologen- bzw. Magister-Studiengang anbieten, dafür verantwortlich, daß zumindest ein Teil der Studenten mit diesen Qualifikationsmerkmalen versehen wird. Weil dies bislang in der Bundesrepublik noch nicht geschehen ist (mit Ausnahme des Fachbereichs Politikwissenschaft an der FU Berlin, der einen Studienschwerpunkt „Politikberatung“ institutionalisiert hat), muß eine weitere intensive Diskussion über neu zu akquirierende Berufsbilder für Politologen geführt werden, die seit langem überfällig ist.

Ferdinand Müller-Rommel: Sozialwissenschaftliche Politik-Beratung. Probleme und Perspektiven

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/84, S. 26—39

Bedingt durch die Steuerungskrise des staatlichen Systems ist die Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Politikberatung seitens der Parteien, der Verbände und der staatlichen Administration in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Gefragt sind alternative bzw. neue Lösungsmöglichkeiten und empirisch abgesicherte Entscheidungshilfen bei der konkreten Politikformulierung. Der vorliegende Beitrag versucht, eine aktuelle Zwischenbilanz der sozialwissenschaftlichen Politikberatung für den politisch-administrativen Bereich auf Bundesebene zu liefern. Zunächst werden von 1961 bis 1983 vier Phasen sozialwissenschaftlicher Politikberatung aufgezeigt. Dem folgt eine systematische Darstellung der verschiedenen Formen und Institutionen der politikbereich-spezifischen Beratung. In einem weiteren Schritt werden die Motive erläutert, welche die Praktiker dazu veranlassen, auf sozialwissenschaftliche Beratung zurückzugreifen. Hieraus ergeben sich zugleich die beiden wichtigsten Funktionen von Politikberatung: die Informations- und die Legitimationsbeschaffung. Einen breiten Raum nimmt die Diskussion um die Praxisprobleme sozialwissenschaftlicher Politikberatung ein. Insgesamt lassen sich vier zentrale Bereiche identifizieren, in denen immer wieder Schwierigkeiten mit sozialwissenschaftlicher Beratung auftauchen: die allgemeinen Probleme gegenüber den Wirtschaftswissenschaften; die forschungstechnischen Probleme; die Umsetzungs- und Übersetzungsprobleme; Probleme, die sich aus dem Widerspruch zwischen Selbstverständnis von Sozialwissenschaftlern und den Erwartungen an wissenschaftlicher Politikberatung herleiten.

Die eigentliche Schwachstelle in der Beziehung zwischen Politikberatern und Praktikern in der Administration ist bestimmt durch das mangelnde wechselseitige Verständnis vom jeweils unterschiedlichen Arbeitsstil und von der Arbeitsmethodik, vom Zeitbudget und vom Informationsbedürfnis. Politische und staatliche Institutionen brauchen qualifizierte Verbindungspersonen („wissenschaftliche Dolmetscher“) im Bereich der Politikberatung, die an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis arbeiten. Sie müssen konkrete Erfahrungen durch eigene Tätigkeit in der Administration haben, aber auch über grundlegendes sozialwissenschaftliches „Know how“ verfügen. Politikwissenschaftliche Institute in der Bundesrepublik sind dafür verantwortlich, daß zumindest ein Teil der Studenten mit diesen Qualifikationsmerkmalen ausgestattet wird.

Hasso von Recum: Dimensionen des Wertewandels

Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/84, S. 3—13

Der „Wertewandel“ in den westlichen Industriestaaten ist Ausdruck einer tiefgreifenden Akzeptanzkrise der technisch-industriellen Hochzivilisation, die sich in vielfältigen Formen der Ablehnung und des Protestes, in den Entwürfen einer „postmaterialistischen“ Gegenkultur und in den „neuen sozialen Bewegungen“ manifestiert. Im Gegensatz zu optimistischen Prognosen, die eine relativ reibungslose Ablösung des tradierten Wertesystems durch ein neues, postmaterialistisches unterstellen, vollzieht sich der Wertewandel keineswegs als „stille Revolution“ oder „sanfte Verschwörung“. Er ist vielmehr zunehmend gekennzeichnet durch eine konfliktträchtige Wertepolarisierung und Risse im sozial-kulturellen Gefüge, hervorgerufen durch Schwächung und Entstrukturierung gesellschaftlicher Institutionen, mit deren Hilfe Werte und Normen als Orientierungsmaßstäbe des Verhaltens verbindlich gemacht werden. Wesentlich hieran beteiligt sind konfliktfördernde systemimmanente Widersprüche der zur Überflußgesellschaft avancierten Industriegesellschaft, die sich einerseits als Produktions- und Leistungsgesellschaft organisiert, andererseits hedonistischer Konsumkultur und sozial-kultureller Permissivität weiten Raum gibt. Da der Postmaterialismus „Beliebigkeit“ zum Leitprinzip erhoben hat, läuft er Gefahr, sich selbst den Weg zu konsistenten, verbindlichen neuen Wertestrukturen zu verbauen. Wertewandel erschöpft sich dann im Abbau tradierter Wertesysteme und Institutionen und — da eine enge Affinität zwischen Postmaterialismus und dem Prinzip der „Collage“ besteht — in der collageartigen Zusammenfügung entstrukturierter Elemente zu beliebigen neuen Gebilden von meist kurzer Lebensdauer.

Das Bildungs- und Erziehungswesen scheint wie kaum eine andere Institution geeignet zu sein, den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Destabilisierungsprozessen entgegenzuwirken. Es unterliegt jedoch in weit stärkerem Maße gesellschaftlichen Einflüssen, als es selbst in der Lage ist, gesellschaftsprägend zu wirken. In weiten Bereichen bietet es ein Spiegelbild epochaltypischer gesellschaftlicher Kräfte und Strömungen und ihrer Widersprüche: Die gesamtgesellschaftlichen Entstrukturierungstendenzen finden im Bildungswesen ebenso ihre Entsprechung wie die konfliktreiche Polarisierung von Leistungsorientierung und Permissivität.

Der Wertewandel ist eine Herausforderung an die Selbsterneuerungsfähigkeit der Gesellschaft. Daß Gesellschaften zur Selbsterneuerung immer wieder fähig sind, zeigt die historische Erfahrung. Sie zeigt zugleich, daß den Reformern der Vergangenheit bewußt war, daß eine völlige Abkehr von den Traditionen, Sinngehalten und Techniken der zu verändernden Gesellschaft keine günstige Voraussetzung für den Wandel ist. Das unterscheidet sie grundsätzlich von den Anhängern des modernen Postmaterialismus.

Otto Ulrich: Computer, Wertewandel und Demokratie. Öffnet die Informationsgesellschaft die Chancen für mehr politische Partizipation?

Aus Politik und Zeitgeschichte B /84, S. 14—25

Die Frage, ob die Informatisierung zu einer Verstärkung postmaterialistischer Trends führt, läßt vier unabhängige Bewertungen über die wechselseitige Beeinflussung von Computertechnologie und Gesellschaft zu:

— Die pessimistisch-technikkritische Einschätzung glaubt an eine sich abzeichnende Realisierung der negativen Utopie von Orwells Überwachungsstaat;

— die optimistisch-utopische Interpretation der weiteren Entwicklung glaubt an die Möglichkeit einer demokratischen Informationsgesellschaft und an die Möglichkeit, „Menschlichkeit und konsequente Informatisierung zu verbinden“;

— der handlungsorientierte Ansatz ist auf der Suche nach technologisch-sozialen Handlungskonzepten, die simultan zur technologischen Förderung der neuen Informationstechnik einen Beitrag zur politischen Steuerung des Übergangs in eine Informationsgesellschaft leisten können;

— die realistische Bewertungsdimension glaubt nicht daran, daß unter der gegebenen Struktur der Machtverhältnisse die repräsentierenden Herrschaftseliten in Wirtschaft und Gesellschaft bereit sind, die informationstechnisch sich anbietenden Möglichkeiten für eine demokratischere Teilhabe am gesellschaftlich relevanten Wissen durch soziale Reformen zu unterstützen.

Neue Formen der Sozialpartnerschaft unter Einbezug der neuen sozialen Bewegungen werden notwendig sein, wenn die Tendenzen zur Restauration feudaler Strukturen zwischen Informationsreichen und Informationsarmen nicht zum Schaden für alle zum Durchbruch kommen sollen.